Der Kampf auf Hamburgs Werften Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

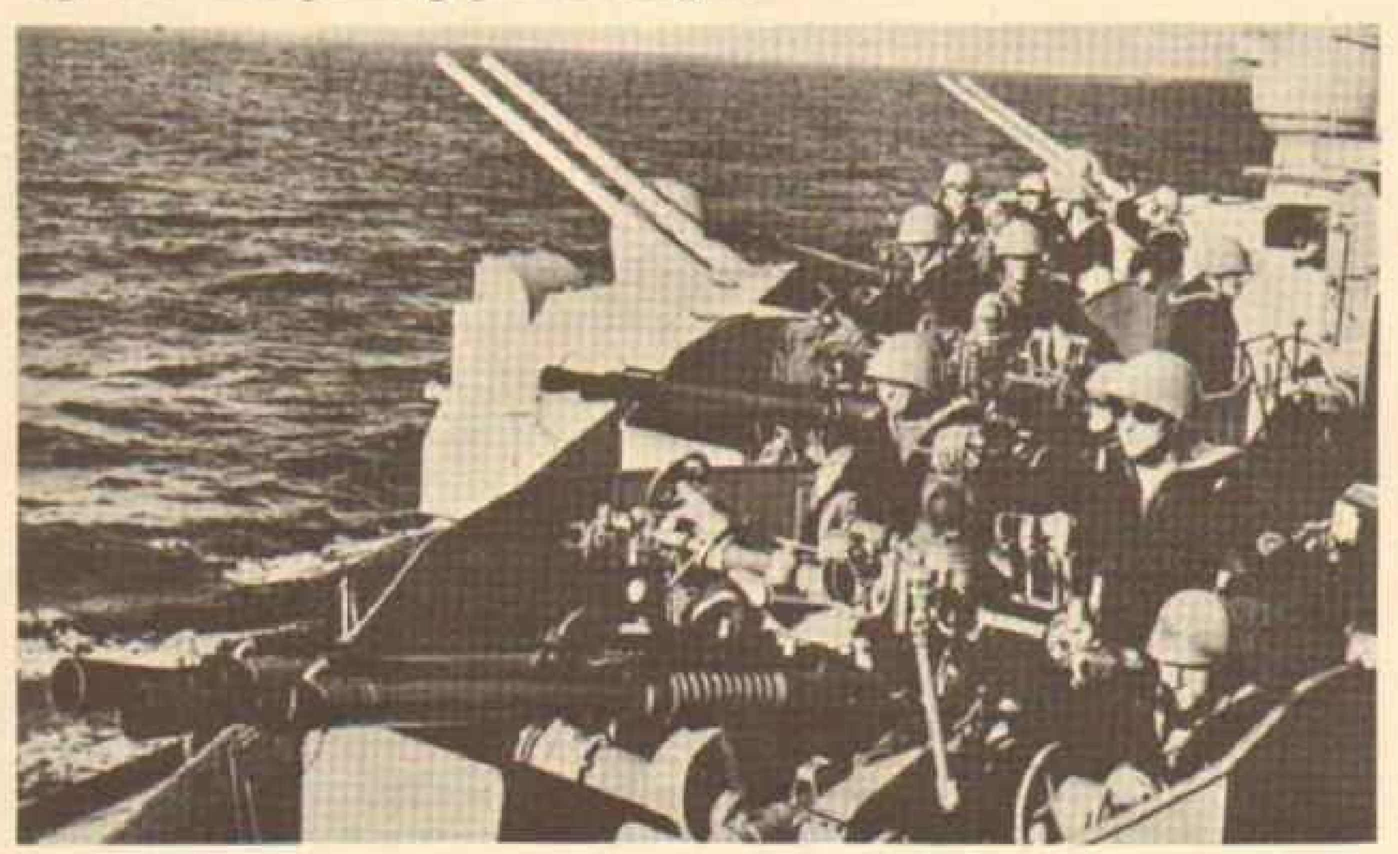
ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 30 vom 27. Juli 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Putsch auf Cypern
Kanonenbootpolitik der Supermächte

Droht ein neuer Weltkrieg? – Diese Frage bewegt die werktätigen Massen unseres Landes und die Völker der Welt im Zusammenhang mit den Ereignissen auf Cypern am meisten. Das Geschrei der Imperialisten von „Frieden und Sicherheit", der groß aufgezogene Rummel der verschiedenen „Sicherheits"- und „Abrüstungskonferenzen" haben die Welt um keinen Deut sicherer gemacht. Die Ereignisse in Cypern haben im Gegenteil erneut gezeigt, daß die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges nach wie vor besteht. Und sie haben gezeigt, daß von der Rivalität der beiden Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, im Kampf um die Weltherrschaft gegenwärtig die Hauptkriegsgefahr ausgeht.



Kriegsschiff der neuen Zaren

Der Wunsch der griechischen Bevölkerung Cyperns nach nationaler Einheit mit den Landsleuten in Griechenland ist gewiß nicht unverständlich. Doch der Putsch der griechischen Obristen ist keineswegs in ihrem Interesse. Die griechischen Werktätigen in Cypern wollen nicht unter der Terrorherrschaft der griechischen Faschisten leben. Die Athener Faschisten vertreten nicht das griechische Volk und sie vertreten auch nicht die griechischen Cyprioten. Genauso wenig kann das Faschistenregime in der Türkei das Recht für sich in Anspruch nehmen, für die türkische Bevölkerung Cyperns zu sprechen und zu handeln.

Kolonialismus und Imperialismus haben stets danach gestrebt, den griechischen und den türkischen Teil der Bevölkerung Cyperns gegeneinander aufzuhetzen, um Cypern desto leichter beherrschen zu können. In Wirklichkeit gilt für Cypern, wie es in einem der bekanntesten deutschen Arbeiterlieder so formuliert ist: **„Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein."** Über die Zukunft Cyperns werden die griechischen und türkischen Cyprioten im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus selbst entschieden, und die Werktätigen beider Nationalitäten werden sich in ihren legitimen Rechten gegenseitig achten und anerkennen.

Sofort nach dem Putsch wurde klar, daß in Cypern wie im gesamten Mittelmeerraum die imperialistischen Interessen besonders scharf aufeinanderprallen. Wenn die Imperialisten von Cypern als von einem „unsinkbaren Flugzeugträger" sprechen, ist das mehr als deutlich und läßt an ihren kriegerischen Absichten keinen Zweifel. Cypern und der gesamte Mittelmeerraum sind für die Imperialisten, besonders natürlich für die beiden Supermächte, von besonderer strategischer Bedeutung.

Sie versuchen ständig, ihre Positionen im Mittelmeerraum zu stärken, um von hier aus ihre Herrschaftspläne gegen die Länder des Balkans und des Nahen Ostens zu verwirklichen. Mit der bevorstehenden Wiedereröffnung des Suezkanals erhält das Mittelmeer für sie auch im Kampf um die Vorherrschaft im Indischen Ozean große Bedeutung. Während die US-Imperialisten im Mittelmeer auch ihre Vorherrschaft in Westeuropa behaupten wollen, versuchen die Sozialimperialisten auch vom Mittelmeer her, in Westeuropa einzudringen. Entsprechend dieser strategischen Bedeutung ist der Mittelmeerraum Schauplatz besonders scharfer Rivalität zwischen dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus.

Griechenland und die Türkei sind Natoländer und stellen in Europa die Südflanke der unter dem Oberbefehl des US-Imperialismus stehenden Nato dar. Sofort nach dem Putsch verstärkten die US-Imperialisten ihre im Mittelmeer stationierte 6. Flotte. Vor allem die griechischen Obristen, durch den US-Imperialismus an die Macht gebracht, stellen den US-Imperialisten die griechischen Häfen als Marine-

Fortsetzung auf Seite 2

Hans-Jürgen Remiszko - 23-jähriger Arbeiter aus Mannheim
Von der Polizei erschossen!

Am Donnerstag abend gegen 22 Uhr in Mannheim-Käfertal in der Nähe der Daimler-Benz-Werke. Ein Passant, der die Obere Reetstraße entlanggeht, sieht plötzlich zwei Männer in drohender Haltung vor sich stehen. Sie machen – der eine mit einer roten Lederjacke bekleidet – in ihrem ganzen Auftreten den Eindruck von Gangstern. Der Mann schreit um Hilfe und flüchtet in das wenige Meter entfernt liegende Lokal „Disco Club 88". Zwei der Gäste, Hans-Jürgen Remiszko und ein Arbeitskollege von ihm, eilen sofort hinaus, um nach dem Rechten zu sehen.

Draußen warten zwei Männer mit gezogener Pistole. Hans-Jürgen Remiszko und sein Kollege halten die Pistolen für einen Bluff, einen Trick, wie ihn Rocker und kleine Gangster öfter anwenden. Doch als sie sich den beiden Männern nähern, schießen sie: Hans-Jürgen Remiszko bricht zusammen: Halsschuß. Sein Kollege wird in den Oberschenkel getroffen. Ein anderer Arbeiter, der auf die Hilferufe hin aus dem Lokal geeilt war, wird von einer Kugel in die Leber getroffen. Er liegt heute auf der Wachstation des Städtischen Krankenhauses in Mannheim. Es besteht Lebensgefahr.

Fortsetzung auf Seite 7

"War die Ertl, de Bur de kummt!"



18. 7. 1974, Schleswig-Holstein. Der Marktplatz von Heide ist von Menschen überfüllt, die Zufahrtsstraßen der Umgebung sind verstopft. Auf der vielbefahrenen Bundesstraße 5 kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Bauern, die den Verkehr blockieren, und der Polizei. Insgesamt 5- bis 7 000 Bauern mit nahezu 1 500 Treckern und Personenwagen demonstrierten an diesem Tag gegen die ständige Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Ein strohbeladener Treckeranhänger führte einen Galgen mit einer aufgehängten Puppe mit und die Aufschrift: „War die Ertl, de Bur kummt!" Die KPD/ML verteilte Flugblätter, in denen sie die Klein- und Mittelbauern zum revolutionären Bündnis mit der Arbeiterklasse, zum Kampf für die sozialistische Revolution aufrief.

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Fortsetzung von Seite 1

stützpunkte zur Verfügung. Der Militärstiefel des US-Imperialismus steht aber auch auf Cypern selbst. Nicht nur weil auf Cypern Truppen des britischen Imperialismus, der als Nato-Mitglied letztlich unter dem Einfluß des US-Imperialismus steht, stationiert sind. Die USA unterhalten auf Cypern selbst einen Stützpunkt, von wo aus sie den sowjetischen Funkverkehr überwachen und sogenannte „Aufklärung" – also Spionage – gegen die Sozialimperialisten betreiben. In der Türkei befinden sich ebenfalls starke Natobasen.

Dementsprechend versuchten die US-Imperialisten nach dem Sturz von Makarios sofort, einerseits offene Feindseligkeiten zwischen den Nato-Mitgliedern Griechenland und Türkei zu verhindern bzw. einzudämmen, andererseits ihren Einfluß auf Cypern selbst zu vergrößern. Sie wollen die cyprische Putschistenregierung wieder absetzen, um eine Regierung zu installieren, die sowohl ein bedingungsloser Sachwalter ihrer Interessen ist, als auch für die Türkei akzeptabler ist als die Putschisten um Sampson, die zu eindeutig als Handlanger der griechischen Faschisten entlarvt sind. Ihre diplomatischen Manöver unterstreichen die US-Imperialisten im bekannten Stil imperialistischer Kanonenbootpolitik durch die Mobilisierung der 6. Flotte.

Aber die Politik der sowjetischen Sozialimperialisten im Mittelmeer ist keinesfalls weniger aggressiv. Schon 1964 begannen die sowjetischen Kriegsschiffe vom Schwarzen Meer aus ins Mittelmeer einzufahren und in den bis dahin unbestrittenen Herrschaftsbereich des US-Imperialismus einzudringen. Seit 1967 haben sie offiziell eine ständige Flotte im Mittelmeer stationiert. Die Zahl der sowjetischen Kriegsschiffe, die regelmäßig dort operieren, hat sich in den letzten 7 Jahren mehr als vervierfacht. Die neuen Zaren lassen keine Gelegenheit aus, um ihre Position gegenüber dem US-Imperialismus in diesem Gebiet zu stärken. So nutzten sie im letzten Oktober den Widerstand der arabischen Völker gegen die zionistische Aggression aus, um ihre im Mittelmeer kreuzende Flotte annähernd zu verdoppeln.

Und auch nach dem Putsch in Cypern versuchten sie sofort, noch stärker in den Mittelmeerraum einzudringen. Sie versuchen dabei, sich die taktisch ungünstige Lage des US-Imperialismus, seine miteinander verfeindeten Bündnispartner, die Türkei und Griechenland, gleichzeitig bei der Stange halten zu müssen, zunutze zu machen. Von Anfang an unterstützten die Sozialimperialisten den Standpunkt der Türkei in der Hoffnung, die Türkei stärker auf ihre Seite ziehen zu können. Für dieses Manöver haben die Sozialimperialisten einen guten Grund: um vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer zu kommen, müssen die Kriegsschiffe der neuen Zaren durch den Bosporus, eine türkische Meerenge. Sie müssen also direkt an den Natobasen in der Türkei – praktisch unter den Augen des US-Imperialismus – vorbeifahren. Es ist klar, daß die Sozialimperialisten darauf spekulieren, den US-Imperialismus samt der von ihm beherrschten Nato aus der Türkei zu verdrängen, um sich selbst dort breitzumachen. Darüber hinaus besteht natürlich kein Zweifel, daß auch die Sozialimperialisten brennend gern Cypern selbst in die Hand bekommen möchten.

„Das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie ist die Quelle der Unruhe in der Welt." Diese Feststellung, die die chinesischen Genossen auf dem X. Parteitag der KP Chinas getroffen haben, wird durch die gegenwärtigen Ereignisse im Mittelmeerraum erneut bestätigt. **Imperialismus bedeutet den Kampf einiger Großmächte um die Weltherrschaft.** Bereits zweimal in diesem Jahrhundert hat das erbitterte Ringen der imperialistischen Mächte sich in Weltkriegen entladen, in denen Millionen Werktätiger für Profit und Macht der Imperialisten verreckten. Die Ereignisse in Cypern zeigen, daß durch das erbitterte Ringen der beiden Supermächte wieder die dunklen Wolken imperialistischer Kriegsgefahr heraufziehen.

Wir alle müssen alarmiert sein. Denn der Entscheidungskampf der Supermächte um die Weltherrschaft wird, wenn die Revolution ihm nicht zuvorkommt, seinen Hauptschauplatz in Europa haben. Westeuropa ist gegenwärtig das Zentrum der Rivalität zwischen dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus. **Auf deutschem Boden stehen sich die beiden Supermächte bis an die Zähne bewaffnet gegenüber.** Die westdeutschen Imperialisten, deren Bonner Regierung uns mit den Friedensphrasen der „neuen Ostpolitik" täuschen will, schüren das Feuer der Kriegsgefahr. Sie wollen die Widersprüche zwischen den Supermächten ausnutzen, um selbst zur Großmacht aufzusteigen.

Unter der Herrschaft der Imperialisten wird die Welt nicht friedlicher und sicherer, sondern mit jedem Tag unfriedlicher und unsicherer. Imperialismus bedeutet Krieg! – Die Völker der Welt begreifen diese Wahrheit immer mehr. An der Seite der sozialistischen Länder, insbesondere der VR China und der VR Albanien, kämpfen sie – in vielen Ländern bereits mit der Waffe in der Hand – gegen den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte, um den Frieden und den Sozialismus zu erringen. Es ist, wie der Genosse Mao Tsetung gesagt hat: **„Die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution."**

Fortsetzung von Seite 1

„War die Ertl, de Bur de kummt!"

Die Flugblätter wurden von den meisten Bauern sehr interessiert aufgenommen, so daß sich der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Flensburg, Fölster, gezwungen sah, gegen die KPD/ML zu hetzen: „Einige Kommunisten haben hier Flugblätter verteilt, in denen die Unternehmer als junge Ausbeuter verteufelt werden." Einzelne Faschisten verbrannten einige Flugblätter. Die bürgerliche Presse versuchte dies als charakteristisch für die Stimmung unter den Bauern hinzustellen. In Wirklichkeit aber war die Stimmung der Bauern revolutionär. Fölster selbst warnte die Bauern in seiner Rede davor, wenn sie zu radikal würden, dann ginge es wie in der Weimarer Republik, daß der Faschismus käme.

Diese Worte zeigen die große Angst der reaktionären Bauernverbandes, die wachsende Militanz und revolutionäre Stoßrichtung der Bauernkämpfe nicht mehr aufhalten zu können.

Ein Genosse, der Flugblätter verteilte, berichtet: „Aus den Gesprächen mit den Bauern konnte man hören, daß sie eine unheimliche Wut auf die Regierung hatten und bis zum äußersten gereizt waren. Sie wollten radikale Kampfmaßnahmen...Auch gegen den Bauernverband richtet sich immer mehr die Stimmung, nur noch mit Mühe können die Bauernverbandsführer sich wie Fölster etc. aus der Affaire ziehen. In Brunsbüttel z.B. wurden bereits Treckerdemonstrationen gegen den Bauernverband durchgeführt..."

(siehe auch S.5)

Krupp

Mit den Millionen des Schah noch größere Profite

Krupp: Mit den Millionen des Schah noch größere Profite

Zu den Ausbeutern, die den Arbeitern der Krupp-Hüttenwerke bisher im Nacken gesessen haben, hat sich ein Neuer gesellt: der Schah von Persien. Seit der letzten Woche ist er nicht nur mit einer Sperrminorität von 25,04% an den Krupp-Hüttenwerken beteiligt, sondern außerdem noch Teilhaber einer mit Krupp gemeinsam betriebenen Investitionsgesellschaft in der Schweiz.

Es gibt wohl keinen Krupp-Arbeiter, der angesichts dieses neuen Herren nicht ein ungutes Gefühl hat. Schließlich weiß jeder, wie der Schah an die 200 Millionen gekommen ist, mit denen er jetzt bei Krupp einsteigen konnte: indem er mit einem blutigen Terrorregime die Arbeiter und Bauern Persiens zu einem Leben zwingt, daß ihnen kaum noch die nackte Existenz garantiert.

Die bürgerliche Presse versucht, diese Empörung der Bevölkerung und auch der Krupp-Arbeiter durch die Beschwörung eines neuen „kaiserlichen Glanzes", durch Versprechungen über größere Arbeitsplatzsicherheit usw. zu beschwichtigen. Wie wenig sie selber an die Wirkung solcher Propaganda glaubt, zeigt, daß schon jetzt besorgt orakelt wird, ob der Schah seinen Antrittsbesuch nicht vielleicht wegen der zu erwartenden Demonstrationen ausfallen lassen wird.

Während die Krupparbeiter auf den neuen Wirtschaftsvertrag zwischen Krupp und dem Schah mißtrauisch, wenn nicht empört reagieren, ist die Regierung des Lobes voll. „Ein zu Buche schlagendes Beispiel" für die Zusammenarbeit zwischen den erdölfördernden Ländern und den Industriestaaten – nennt Kanzler Schmidt diesen Vertrag und spricht gleichzeitig die Hoffnung aus, daß dem Schah andere erdölfördernde Länder bei dieser Art der Zusammenarbeit folgen werden.

Gemeint ist mit dieser „neuen Art der Zusammenarbeit" nicht nur die Tatsache, daß der Schah mit einigen Millionen bei Krupp investiert, sondern vor allem die Tatsache, daß über die gemeinsame Investitionsfirma in der Schweiz Krupp jetzt mit dem Geld des Schah seine Raubzüge in Persien aber wahrscheinlich auch in anderen Ländern bezahlen kann.

Was Krupp-Chef Beiz und auch die westdeutschen Imperialisten insgesamt an diesem Geschäft begeistert, ist nicht nur die Tatsache, daß sie die Devisen, die sie dem Schah für sein Öl zahlen mußten, so als Kapitalanlage wieder hereinbekommen; es sind nicht nur die grossen und sicheren Geschäfte, die der Schah gerade der Stahlindustrie mit seinem Programm, Persien mit Hilfe des Öls groß werden zu lassen verspricht. Was sie darüberhinaus so zufrieden auf diesen Vertragsabschluß reagieren läßt, ist seine Bedeutung für die politischen Interessen der westdeutschen Imperialisten. Sie haben damit einen nicht unbedeutenden Einbruch in ein strategisch entscheidendes Gebiet erzielt, auf das beide Supermächte besonderen Wert legen.

Daß diese „neue Art der Zusammenarbeit" den westdeutschen Imperialisten gefällt, steht also außer Zweifel. Aber kann diese Art der Zusammenarbeit tatsächlich – wie Schmidt meint – ein Beispiel für die rohstoffproduzierenden Länder sein? Wohl kaum. Es ist kein Zufall, daß gerade der Schah dieses neuartige Geschäft mit den westdeutschen Imperialisten abgeschlossen hat, derselbe Schah der sich als Kettenhund des Imperialismus nicht scheute, sich aktiv an der Aggression der Imperialisten gegen die Völker von Oman und Dofhar zu beteiligen. Mit diesem Geschäft hat er die Interessen seines Volkes und die einheitliche Front der Länder der dritten Welt für das Linsengericht der Beteiligung an den imperialistischen Raubzügen der westdeutschen Imperialisten verschachert.

Aber die westdeutschen Imperialisten sollen nicht zu früh frohlocken. Solche Methoden wie sie hier angewandt wurden, können zwar in einzelnen Ländern die einheimische Reaktion stärker an den Imperialismus ketten. Aber sie können den Kampf der Völker nicht aufhalten. Für ihren Kampf gilt, was längst zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden ist: „Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution."

Die Mörder schreien "Mord"

Am Mittwoch, den 17. Juli 1974, gegen 9.10 Uhr, soll dem 43-jährigen Polizeioberinspektor Ortwin Reinisch aus Nürnberg von einem Unbekannten mit seiner eigenen Pistole in die Schulter geschossen worden sein. Für die Bourgeoisie ein willkommener Anlaß, einen neuen, hinterhältigen Versuch der Hetz- und Lügenkampagne gegen die Partei, zur Vertuschung des Polizeimordes an unserem Genossen Günter Routhier zu starten. Nach den Lügen von den „Mordaufrufen" und den „Mordwaffen" der KPD/ML, jetzt der konkrete „Mordversuch" an einem Polizisten in Nürnberg. Ortwin Reinisch, Opfer des Racheakts der KPD/ML.

„Bild", Ausgabe Bayern, und „Nürnberger Nachrichten" wissen am Donnerstag zu berichten:

Der Polizist Reinisch ist einer Rauschgiftsache auf der Spur. Er überwacht die verdächtigen Wagen und Personen, folgt einem Wagen und stellt den Gangster.
Bei der Kontrolle der Papiere gelingt es dem Verfolgten, Reinisch die Dienstpistole zu entwenden. Er schießt ihn in die Schulter und entkommt. Im Täterwagen erkennt Reinisch rote Fahnen und Flugblätter der KPD/ML mit dem Text „Wir rächen den Tod unseres Genossen Günter Routhier."

Donnerstag morgen um 2 Uhr wird ein Genosse der Partei von einer Polizeistreife in Nürnberg angehalten und kontrolliert. Auch sein Wagen wird durchsucht. Im Wagen befinden sich Flugblätter mit dem Titel: „Die Polizei hat einen Kommunisten erschlagen." Der Genosse wird festgenommen und mit auf die Wache geschleppt. Nachher erfährt der Genosse, daß gegen ihn wegen „Mordversuchs an einem Polizisten" ermittelt wird.

Der Genosse hat ein Alibi, er war zur fraglichen Zeit gar nicht in Nürnberg, sondern bei einer Prüfung an der TH in München.
Reinisch bleibt bei seiner Aussage, daß es sich um eine politische Sache und die KPD/ML handele. Vom Polizeipräsidium wird der Vorfall weder bestätigt noch dementiert. Die Zeitungen berichten, daß Reinisch die ganze Aktion im Alleingang, ohne Benachrichtigung seiner Dienststelle durchgeführt habe. Polizeipräsident Meister bezeichnet das Vorgehen Reinischs als nicht üblich, schließlich wären für Fahndungen Spezialeinheiten zuständig. Dennoch wird die heimtückische Lügenpropaganda nicht dementiert. Es soll weiter der Anschein erweckt werden, daß die KPD/ML etwas mit der Sache zu tun hat.
Die Polizeistellen halten sich offiziell raus. Der einzelne Polizist Reinisch wird vorgeschoben, um der Partei einen Mordanschlag zuzuschreiben.

Was sich wie eine Räuberpistole voller Widersprüche und Ungereimtheiten anhört, ist in Wirklichkeit Teil und bisheriger Höhepunkt der Hetze der Bourgeoisie gegen die Partei:
– nach dem brutalen Angriff der Polizeitruppen auf den Trauermarsch in Duisburg präsentiert sie der Presse selbst vorpräparierte, zugespitzte Knüppel, normale Fahnenstangen der Partei und Werkzeuge aus beschlagnahmten Autos, als die „Hieb- und Stichwaffen der KPD/ML";
– in Münster wird einem Genossen angedroht, daß, falls der Polizist, der bei einem Einsatz gegen eine Kundgebung der Partei sich verletzte, stürbe, er eine Anzeige wegen Mord bekäme;
– in Duisburg wird von der Polizei die ungeheuerliche Lüge verbreitet, Pit, der Sohn von Günter Routhier, hätte seinen Vater selber die Treppe hinuntergeworfen – und jetzt der angebliche Mordanschlag auf einen Polizisten in Nürnberg.

Die Bourgeoisie versucht, die Genossen der Partei als individuelle Terroristen darzustellen und zu kriminalisieren. Damit die Sache den richtigen Beigeschmack bekommt, wird der Täter von Nürnberg als kräftiger Mann, mit primitivem Gesichtsausdruck und großen behaarten Händen und rheinischen Dialekt sprechend beschrieben. Dieses „Untermenschenbild" verrät die faschistische Machart. Außerdem wird er mit Rauschgifthandel in Verbindung gebracht.

Die Partei soll diffamiert, das Vertrauen der Massen in die Partei erschüttert, die Kommunisten als Verbrecher dargestellt werden. **Die Ereignisse von Nürnberg sind ein weiterer Akt faschistischen Terrors der Bourgeoisie gegen unsere Partei. Doch wie die Partei die Wahrheit über den Tod des Genossen Routhier, über die „Hieb- und Stichwaffen"-Lügen aufgedeckt hat, so wird sie auch das neue Manöver entlarven.**



Leserbrief

Hiermit möchte ich in scharfer Form der unglaublichen Lüge, die die politische Polizei unter der Bevölkerung zu verbreiten sucht, entgegentreten: Mein Sohn Peter hätte seinen Vater im Arbeitsgericht die Treppe hinuntergeworfen.

Mir ist berichtet worden, daß am Tage der Beerdigung meines Mannes in der Straßenbahn das Gerücht umging, der Mörder meines Mannes hätte am Grabe gestanden. Dabei wurde klar, daß nach der Beschreibung mit dem Mörder mein Sohn gemeint war.

Ich empfinde es als eine ungeheure Provokation und einen unverschämten Angriff auf die Wahrheit, daß dieselben Leute, die meinen Mann umgebracht haben, jetzt meinem Sohn die Ehre nehmen wollen.

Ich möchte an alle die Bitte richten, diesen Lügen keinen Glauben zu schenken und ihnen entschieden entgegenzutreten.

Man kann sich leicht denken, daß die Polizei meinen Sohn schon längst belangt hätte, wenn sie auch nur die geringste Handhabe gegen ihn finden könnte, um ihre eigenen Verbrechen zu vertuschen.

Rotfront Rotraud Routhier



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Interview mit Jochen B.

D'K'P - ARZT AM KRANKENBETT DES KAPITALISMUS

Gegenwärtig Massenentlassungen in der Autoindustrie, weitere Kündigungen werden folgen. Gleichzeitig wird die Ausbeutung verschärft. Die Unruhe unter den Arbeitern und der Haß auf die Kapitalisten wächst. Genau jetzt versucht die D„K"P verstärkt Kämpfe zu verhindern und will Vertrauen in die Kapitalisten und diesen Staat bei den Kollegen erzeugen. Der Genosse Jochen B. wird uns hierzu von Opel berichten und uns einige Fragen beantworten. Genosse Jochen B. sollte vor kurzem von seinen Kollegen zu ihrem Vertrauensmann gewählt werden. Die Opelkapitalisten schmissen ihn daraufhin mit Gestapomethoden aus dem Betrieb.

RM: Um über die Massenentlassungen hinwegzutäuschen, haben die Opelkapitalisten ja auch die „elegante" Art der Abfindungsverträge benutzt. Was halten die Kollegen von diesem Bluff?

J. B.: Viele Kollegen sehen das auch so, sie sagen selbst: „Massenentlassungen werden damit nicht verhindert, wer garantiert mir, daß ich einen gleichwertigen Arbeitsplatz wiederbekomme und von den 5 000 DM bleibt sowieso kaum etwas über, wenn man das mal nachrechnet."

Daß die Kapitalisten zu solchen Mitteln greifen, ist ein Zeichen der Stärke der Arbeiter. Die Kapitalisten haben Angst vor Kämpfen der Arbeiter. Der VW-Chef Leiding sagte selbst im Rundfunk, daß sie Massenentlassungen wie früher jetzt nicht durchführen können, weil die Unruhe in den Betrieben so groß ist. Auch bei Opel haben sich Perschke (Betriebsrat) und die Bosse alle Mühe gegeben, immer wieder Massenentlassungen zu dementieren aus Angst vor den Kollegen. Das bedeutet aber nicht, daß sie vor Massenentlassungen zurückschrecken.

RM: Es ist wichtig, den Kampf gegen die Massenentlassungen zu führen. Die modernen Revisionisten der D„K"P schreiben dazu groß in ihrer Zeitung: „Opel-Arbeiter fordern: Verbot von Massenentlassungen."

J. B.: Das ist eine üble und gefährliche Demagogie der D„K"P. Das ist genauso als wenn man von den Kapitalisten fordert, sie sollen uns nicht mehr ausbeuten. **Massenentlassungen, Krise, das sind Bestandteile des Kapitalismus wie die Ausbeutung. Kapitalismus ist Ausbeuterordnung!** Die D„K"P will mit solchen Forderungen Illusionen schaffen, man könne im Kapitalismus Krise und Massenentlassungen abschaffen. Die D„K"P will verhindern, daß die Arbeiter den Kapitalismus als Ursache dafür erkennen und gegen den Kapitalismus kämpfen. Die ZÜNDKERZE, die Betriebszeitung der KPD/ML weist den Kollegen den richtigen Weg: **„Kampf den Massenentlassungen!" „Den Widerstand organisieren und gemeinsam für unsere Interessen kämpfen!" Die ZÜNDKERZE sagt aber auch, daß die Wurzel des Übels ausgerottet werden muß: „Einzig die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, kann die Krisen verhindern."**

RM: Um Illusionen zu schaffen und die Arbeiterklasse zu verraten, hat die D„K"P Forderungen aufgestellt wie „Mitbestimmung über Veränderungen der Unternehmensstruktur." Was meinst Du, welchen Einfluß solche Forderungen bei den Kollegen haben?

J. B.: Die Arbeiter sollen glauben, man könne sich friedlich mit den Kapitalisten einigen und auf den unversöhnlichen Kampf gegen sie und ihre Ausbeuterordnung verzichten. Sie empfehlen uns unsere Unterdrücker, die uns bis aufs Blut auspressen, ihren ganzen Staatsapparat gegen uns einsetzen und morden, wie den Genossen Günter Routhier, anzubetteln. **Die Mitbestimmung dient nur dazu, unsere Unterdrückung aufrechtzuerhalten und zu verschärfen.**

Die Mitbestimmungsforderungen sind eben aus diesen Gründen sehr gefährlich, doch die Kollegen durchschauen diesen Schwindel immer mehr, sie erleben ja die Praxis selbst, und die Partei führt einen unermüdlichen Kampf dagegen, sie weist den Arbeitern den richtigen Weg und das Vertrauen der Arbeiter in die KPD/ML wächst.

RM: Die D„K"P hat auch die Forderungen wie „Rückgängigmachung der Preiserhöhung, Anhebung der Kilometerpauschale, Senkung der Mehrwertsteuer von 11% auf 5,5% aufgestellt.

J.B.: An sich ist gegen die Senkung der Mehrwertsteuer usw. nichts einzuwenden. Aber die D'K'P will den Arbeitern vorgaukeln, es kann den krisenfreien Kapitalismus geben, man muß nur die richtige Methode anwenden. Mit diesen Forderungen soll eben ein Anreiz gegeben werden, mehr Autos zu kaufen, um den Absatz zu erhöhen.

RM: Die D„K"P fordert „Anpassung der Bandgeschwindigkeit an die Absatzlage". Die Kollegen sollen glauben, durch langsameres Produzieren könne man Krisen und Massenentlassungen verhindern. Kannst Du uns auch einmal schildern, wie es praktisch mit der Bandgeschwindigkeit aussieht?

J. B.: Obwohl Kurzarbeit, Entlassungen waren, wurde die Ausbeutung ungeheuer gesteigert. Das Band lief bei uns auf vollen Touren, es wurde schneller produziert als in der Hochkonjunktur. Besonders Frauen wurden häufig krank, das mörderische Tempo machte sie fertig. **Die Sorge der D„K"P ist es, wie kann der Kapitalismus funktionsfähig gehalten werden und die Kämpfe der Arbeiter verhindert werden, dazu diese Forderungen.** Ihr Ziel ist es nicht, die Ausbeutung abzuschaffen, denn wenn z.B. der Absatz läuft, dann können die Kapitalisten nach ihrer Meinung ruhig die Bänder hochstellen und die Arbeiter bei mörderischem Tempo ausbeuten. **Die modernen Revisionisten von der D'K'P sind Agenten des Kapitals in unseren Reihen, sie tarnen sich als Kommunisten. Die KPD/ML zeigt den richtigen Weg auf, beim Kampf gegen die Massenentlassungen muß der Kampf gleichzeitig gegen die modernen Revisionsiten geführt werden. Abschaffen können wir Krisen und Massenentlassungen aber erst durch die sozialistische Revolution, denn sie sind Bestandteile des kapitalistischen Ausbeutersystems.**



Siemens-Arbeiterinnen empört über Mord an Genossen Günter Routhier

Wir haben allen Kolleginnen in unserer Abteilung und die wir sonst kennen, von der Ermordung des Genossen Günter erzählt. Alle waren sehr empört. „Das sind solche Schweine", sagte eine, „Das kann man sich nicht gefallen lassen. Die müssen bestraft werden." „Meinst du denn", fiel gleich eine andere ein, „wenn du vors Gericht gehst, denen passiert etwas? Hast du das denn schon einmal erlebt? Weder den Bullen noch den Ärzten, das schwör ich dir!" In ähnlicher Form wiederholte sich dieses Gespräch fast in allen Gruppen. Überall stand im Mittelpunkt, wie wir uns zur Wehr setzen sollen. Und eine Reihe von Kolleginnen hat in den Diskussionen verstanden, daß und warum man die herrschende Klasse nicht mit Hilfe ihrer Klassenjustiz bekämpfen kann. Einige meinten spontan, sie wollten mit zur Beerdigung kommen. Sie haben dann aber doch noch Angst gekriegt und sind nicht mitgekommen.

Wir haben dann beschlossen, zum Zeichen unserer Solidarität für die Familie des Genossen zu sammeln. Es sind 45,11 DM gesammelt worden – hauptsächlich in unserer Abteilung.

Am nächsten Tag erzählte mir eine Kollegin, sie hätte ihrem Mann davon erzählt, der sei ganz unheimlich wütend gewesen. Sie wollte ihm jetzt auch das Flugblatt mitbringen und hat an diesem Tag zum ersten Mal den ROTEN MORGEN gekauft.

Eine andere erzählte, bei ihr in der Straße hätten abends die Leute in der Haustüre gestanden, Junge und Alte zusammen, und darüber diskutiert. Sie meinte, sie wisse von den meisten, wo sie wohnen würden: „Da geh' ich am Wochenende einfach hin und sammel'. "

Nach der Beerdigung fragten uns viele gleich, wie es war. Sie glaubten den Lügen im Fernsehen und in der Zeitung kein Wort. „Das bringen sie auch nur, um die Sache zu vertuschen. Worum es eigentlich ging, davon haben sie im Fernsehen kein Wort gesagt." Zwei Kolleginnen haben sich schon bei mir die Broschüre ausgeliehen, um sie mit ihrem Mann bzw. ihrer Mutter durchzulesen.

Eine Genossin von Siemens.

IGM ,D'K'P und 'S'DAJ verhindern Protestresolution zum Mord an Genossen Günter Routhier

Auf der letzten Sitzung des Ortsjugendausschusses der IGM Recklinghausen war Punkt 2 der Tagesordnung der Tod von Günter Routhier. Zwei IGM-Mitglieder, die rote Jugendvertreter sind, berichteten vom kaltblütigen Mord der Polizei an Genossen Günter, erklärten, daß dies kein Einzelfall sei und zeigten die ganze Niedertracht dieses Staates, wie sie sich beim Überfall auf den Trauerzug gezeigt hat. Die Genossen riefen schließlich auf, eine Protestresolution zu verfassen und Geld zu sammeln.

Die Revisionisten von der „Sozialistischen" Arbeiterjugend (Jugendorganisation der D„K"P), die auch den neuen Vorstand stellen, meinten: Wir würden sowieso immer provozieren. Auch in Nordhorn-Range hätten wir die Bewegung durch Molotowcocktails ins falsche Licht gedrängt. Der IGM-Bonze assistierte: erstens könne man nichts machen, weil man keine Informationen habe und wenn man Informationen habe, würde auch klar sein, daß es sich um einen bedauerlichen Übergriff handele – man könne also auch nichts machen. Einer der Genossen zeigte, daß hier Revisionisten und IGM-Bonzen nicht nur unsolidarisch sind, sondern daß sie mit ihrer Theorie von den „Provokationen der KPD/ML" auf der Seite des staatlichen Terrors, auf der Seite des Kapitals stehen. Sofort sprang ein IGM-Bonze auf: Das ist die erste Stufe der revolutionären Gewalt, wenn man so einen Kollegen angreift...

Mit vereinten Kräften verhinderten IGM-Bonzen und Revisionisten dann die Abstimmung über eine Protestresolution. Da sei ja von „Gestapo-Methoden" die Rede – war eines der „Argumente" der „S"DAJ-ler. **Zwei Tage später sagte dann der neue IGM-Sekretär der „S"DAJ: „Paßt bloß auf, das macht ihr nicht noch einmal – schließlich gibt es ja die neuen Unvereinbarkeitsbeschlüsse!"**

Kurz darauf erfuhr dann der eine der Genossen, daß man uns aus der IGM ausschließen will wegen unseres Auftretens auf der letzten OJA-Sitzung.

Solidaritätsadresse

Wir, der ÖTV-Arbeitskreis junge Gewerkschafter Neuß, verurteilen in aller Schärfe das Vorgehen und den Mord an unserem Kollegen Günter. Weiterhin verurteilen wir das brutale und faschistische Vorgehen der Polizei gegen die Trauernden am 24. Juni in Duisburg.

Wir wissen, daß der Kollege Günter ein kämpferischer Kollege war und sich immer für die Sache seiner Klasse eingesetzt hat.

Günter steht in einer Reihe mit den Kommunisten und Antifaschisten, die für den gerechten Kampf der Arbeiterklasse ihr Leben lassen mußten.

Mit solidarischen Grüßen
ÖTV-Jugendgruppe Neuß
(unterschrieben von 4 Kollegen, unterstützt von einer weiteren Kollegin)

Arbeitsgerichtsprozess gegen Mannesmann

Kampf den Mördern von Genossen Günter

Letzte Woche fand der Arbeitsgerichtsprozeß statt, den der Genosse Fred Brademann gegen die Mannesmann-Kapitalisten wegen seiner Entlassung Anfang April führte.

Bekanntlich war es ebenfalls eine Arbeitsgerichtsverhandlung gegen die Mannesmann-Kapitalisten, bei der Genosse Routhier sechs Wochen zuvor in Duisburg von der Polizei erschlagen wurde.

Gerade den Kampf gegen diesen faschistischen Mordanschlag hatte die Betriebszelle der KPD/ML mit besonderer Schärfe in letzter Zeit im Werk geführt. An vielen Fabrikwänden Mülheims standen Parolen zum Mord an Genossen Günter und klebten hunderte von Plakaten. Drei Extrablätter des RÖHRENKIEKER, der Betriebszeitung der KPD/ML bei den Mannesmann-Röhrenwerken prangerten den Mord an und propagierten die gewaltsame Revolution unter Führung der KPD/ML.

Anfang April dieses Jahres trat Genosse Brademann erstmals auf einer Belegschaftsversammlung auf.

Er entlarvte die verschärfte Ausbeutung der Belegschaft durch die Einführung der 6-Tage-Woche an der Rohrkontistraße 2. Schon 1972 hatten die Kollegen der Rohrkontistraße 1 gegen die Einführung der 6-Tage-Woche gestreikt und auch jetzt bestand eine große Kampfbereitschaft bei den Kollegen: Eine ganze Schicht von RK 2 hatte eine Protestliste gegen die 6-Tage-Woche, die von Parteigenossen im Werk initiiert wurde, unterschrieben. Nur mit Drohungen und üblen Tricks konnten Euler (SPD, Betriebsrat) und die D„K"P die Kampfbereitschaft eindämmen. Genosse Brademann zeigte damals auf, daß nur im Kampf gegen diese Verräter, insbesondere die Revisionisten der D„K"P, daß nur im revolutionären Klassenkampf die Arbeiterklasse Erfolge erringen könne. Er fand damit bei den Kollegen großen Anklang.

„Seit Anfang der 50-iger Jahre hat es das bei uns nicht mehr gegeben!", war die allgemeine Reaktion. Dementsprechend getroffen reagierten die Mannesmann-Kapitalisten: Am nächsten Tag bereits wurde Genosse Fred auf Antrag des SPD-Betriebsrats mit den Stimmen der D„K"P-Revisionisten fristlos entlassen. Das führte jedoch nicht zu einer Schwächung der Partei im Betrieb, sondern im Gegenteil zu einer Stärkung. So hatten z. B. 60 Kollegen durch ihre Unterschrift gegen die Entlassung Freds protestiert, am 1. Mai ging ein neugewonnener Kollege bereits auf der revolutionären Maidemonstration der KPD/ML in Duisburg mit.

So war die Situation vor dem Arbeitsgerichtstermin sehr günstig für die Betriebszelle.

Flugblätter und Betriebszeitungen vor MRW Mülheim und vor TNO Oberhausen, Kundgebungen in der Innenstadt von Oberhausen und in verschiedenen Vierteln von Mülheim und Oberhausen und eine kämpferische Veranstaltung 2 Tage vor dem Prozeß in Mülheim – die Polizei konnte sie trotz aller möglichen Erpressungsversuche nicht verhindern – bereiteten den Prozeß des Genossen Fred gegen die Mannesmann-Kapitalisten unmittelbar vor. Die Bourgeoisie konnte ihre Angst vor dem Prozeß nicht verbergen. Bereits von morgens sieben Uhr ab (der Prozeß begann erst um 10.30 Uhr!) wurde das Gerichtsgebäude bewacht, der Sitzungssaal lag im entlegensten Winkel des 4. Stocks, im Innenhof des Gerichtsgebäudes standen uniformierte Rollkommandos der Polizei bereit und im Sitzungssaal selbst waren jede Menge politische Polizisten versammelt.

Sofort begann Genosse Brademann den Kampf für die sofortige Entfernung der politischen Polizisten zu führen. Er entlarvte sie als die Mörder des Genossen Routhier, die dieses Verbrechen im Auftrag des bürgerlichen Gerichts und der Mannesmann-Kapitalisten begangen hatten. Zwar konnte die Entfernung dieser Elemente nicht durchgesetzt werden, sie mußten jedoch die scharfe Anklage des Genossen Fred Brademann über sich ergehen lassen, die nur durch eine Schweigeminute für den Genossen Routhier sowie durch ständigen Beifall und Parolen aus dem Zuschauerraum unterbrochen wurde. „Genosse Günter, unser Schwur – proletarische Diktatur!" und „Rache für Genossen Routhier!" Die angeklagten Mörder waren sichtlich eingeschüchtert. Sie wagten es nicht, einen erneuten Polizeischlägereinsatz wie vor einigen Wochen in Duisburg durchzuführen. So sehr fürchteten sie die durch den Mord an Genossen Routhier und den Kampf der KPD/ML wachgerüttelte Öffentlichkeit.

Erst drei Tage später verkündeten sie in aller Schnelle ihr Urteil: die Anklage des Genossen Brademann wegen seiner fristlosen Entlassung wurde abgelehnt. Die Genossen sangen noch die Internationale im Gerichtssaal und gingen dann in die Stadt und vor die Betriebe, um den Kollegen zu zeigen, wer den Kampf wirklich verloren hat: die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz! Denn durch ihren Kampf anläßlich dieses Prozesses hat die Partei neue Freunde gewonnen und den Haß gegen die Ausbeuter und ihre Gerichtslakaien, gegen die Mörder des Genossen Routhier weiter geschürt.

Revisionistisches

WAS TUN, WENN ES KEINE AKTIONÄRS VERSAMMLUNG GÄBE?

In einer Korrespondenz in der „UZ" vom 11. 7. über die Aktionärsversammlung bei BASF heißt es unter anderem:

„Das Positive dieser Aktionärsversammlung und des Referats von Thimm (ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender – RM) sei hier ebenfalls erwähnt. Nämlich der Beweis, warum die 50 000 Beschäftigten der BASF in Ludwigshafen bei der kommenden Lohnbewegung nicht zimperlich zu sein brauchen. Bei einer Umsatzsteigerung von 52,3 Prozent im 1. Halbjahr 1974 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1973 sind künftige Lohnforderungen nicht nur angebracht, sondern auch berechtigt, um eine Erhöhung der Realeinkommen zu gewährleisten."

Was ein Glück, nicht wahr, daß die Aktionärsversammlung noch rechtzeitig vor der Lohnrunde stattgefunden hat! Ohne die 52,3 Prozent Umsatzsteigerung vor Augen, hätten die Arbeiter womöglich gar nicht gewußt, ob sie bei ihren Lohnforderungen das Recht auf ihrer Seite haben. Bleibt bloß noch die Frage offen, wo das Recht der Arbeiter auf höheren Lohn anfängt: bei 30%, bei 40% Umsatzsteigerung oder wo?

Die Arbeiterklasse braucht keinen „Beweis" von Aktionärsversammlungen oder aus den Geschäftsbüchern der Kapitalisten, daß ihre Lohnforderungen berechtigt sind. **Wenn die D„K"P-Revisionisten diesen „Beweis" erfinden, dann deshalb, um die Arbeiter mit dem Hinweis auf diesen „Beweis" für die Berechtigung ihrer Lohnforderungen davon abzuhalten, daß sie sich im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen, um ihnen einzureden, das Gesetz der Geschichte sei nicht der unversöhnliche Kampf zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse, sondern eine Art natürlicher Ausgleich, eine Art gesetzmäßiger Harmonie.**

DER DÜSSELDORFER ALTSTADT KONKURRENZ GEMACHT

In der „UZ", der Zeitung der D„K"P vom 19. 7. geben zwei Organisatoren des UZ-Pressefestes im Herbst Antworten auf Fragen über das Festprogramm.

Fragt zum Beispiel die UZ: „Die Altstadt von Düsseldorf wird im Volksmund die „längste Theke Europas" genannt. Bekommt sie durch das Pressefest Konkurrenz?" – Soll wohl so sein. Stütz, einer der Organisatoren: „So gemütlich wird es hier bei uns bestimmt." – Und ergeht sich in Schwärmereien über die „kulinarischen Genüsse" auf dem Pressefest. Aber keine Sorge, das Fest wird kein „Praßfest". Stütz: „Auch für die schlanke Linie kann man etwas tun."

Man kann auf diesem UZ-Rummel auch sonst alles, was auf bürgerlichen „Volksfesten" üblich ist: Sportstars und Schlagerstars bestaunen und bei der Lotterie das „große Glück" versuchen – zum Beispiel. Bleibt die Frage nach dem Teil der Festkulisse, den auch die Organisatoren mit ihrem dicken Geldbeutel nicht in der Hand haben – die Frage nach dem Wetter. UZ: „Und wenn es regnet?" – Antwort: „Im Übrigen wird es im September bestimmt nicht regnen... Schließlich läßt Petrus keinen guten Kommunisten im Stich."

DAMEN VORHANDEN...

Vor einiger Zeit schickten die Revisionisten Einladungen für ein Ausländerfest an alle ausländischen Studenten. Wichtiger Hinweis auf der Einladungskarte: "Wir haben auch eine Menge Krankenschwestern eingeladen!"

Eltern kämpfen gegen geplante Entlassung vom kommunistischen Lehrerehepaar

Unter den 5000 Trauernden, die sich am 24.6. in Duisburg den Weg zur Beerdigung des Genossen Günter Routhier durch Polizeisperren und brutalen Knüppeleinsatz erkämpften, war auch das Reutlinger Lehrerehepaar Horst und Renate G. Beide sollen deshalb jetzt aus dem Schuldienst gefeuert werden.

Die Genossen Horst und Renate hatten sich jeweils an ihren Schulen für den Tag der Beerdigung Urlaub genommen. Ihre Kollegen wußten, daß sie ihrem Genossen die letzte Ehre erweisen wollten. Eine Woche später erhielt Genosse Horst eine Vorladung auf das Oberschulamt. Dort erfuhr er, daß sein Rektor ihm nachspioniert und einen Bericht geschrieben hatte, in dem er auch die Frau von Horst G. denunzierte, die an einer anderen Schule unterrichtet. Im Oberschulamt versuchte man, Genossen Horst zu erpressen: er solle sich doch von Duisburg und von der KPD/ML distanzieren, dann bekäme er „nur" eine Rüge. Bei Genossin Renate wurde das Gleiche probiert. Natürlich umsonst.

In der Schule informierten die beiden Genossen ihre Kollegen, die Eltern und die Schüler. Horst informierte auf einem Elternabend über die Ereignisse in Duisburg, über das eingeleitete Verfahren gegen ihn und erklärte die politische Linie der KPD/ML. **Die Eltern waren über die geplante Entlassung einhellig empört. Eine Diskussion begann, wie sie das Klassenzimmer der 6a noch nicht erlebt hatte. Drei Eltern nahmen von sich aus eine Unterschriftensammlung in die Hand, in der gefordert wird, daß Horst G. Lehrer bleiben muß – auch als Kommunist.** In diese Unterschriftenliste haben sich alle Eltern eingetragen, die nicht bereits in Urlaub waren. Es waren 37 Unterschriften bei 33 Schülern. Gleichzeitig haben die Schüler in den Ferien etwa die gleiche Anzahl gesammelt. Beide Listen wurden von den Eltern bereits an das Oberschulamt geschickt.

Am letzten Tag vor den Ferien holte Genosse Horst das gesamte Kollegium zusammen und nahm Stellung zu seinem möglichen Berufsverbot. Viele Kollegen trugen sich sofort mit ihrer Adresse in eine Liste ein, damit Genosse Horst sie auch in den Ferien weiter informieren konnte. Bereits nach Beginn der Ferien wurde in dem Arbeiterviertel Stollach, wo Genosse Horst unterrichtet, zusammen mit einem Schüler Kleber angebracht, auf denen „Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda", „Weg mit dem KPD-Verbot" und „Nieder mit den Entlaßdrohungen gegen Horst und Renate G." gefordert wird.

Die Eltern der Schüler von Renate G. trafen sich in den Ferien auf einem Elternabend. Hier setzten die Eltern ebenfalls eine Unterschriftenliste auf. Alle 17 anwesenden Eltern unterschrieben sofort und organisierten das Sammeln bei den anderen Eltern.

In vielen Gesprächen auf diesen Elternabenden zeigte sich: immer mehr erkennen das reaktionäre Wesen dieses Staates. **Ein Elternpaar erinnerte sich noch genau, wie ihre Familie – meist Mitglieder der KPD – im „dritten Reich" verfolgt wurde und waren empört, wie heute wieder gegen die Kommunisten vorgegangen wird.**

Die Solidarität mit den beiden Lehrern und das Interesse für die KPD/ML zeigte sich auch, als am Samstag die Partei einen Stand in der Haupteinkaufsstraße aufbaute. 39 weitere Unterschriften konnten hier gesammelt werden, viele ROTE MORGEN verkauft werden. Am darauffolgenden Donnerstag hielt die Partei Kundgebungen in den Arbeitervierteln um die Schule ab. **Hier sprach nicht nur Genosse Horst, sondern auch Genosse Klaus Kercher.** Beide Genossen prangerten die politische Unterdrückung an und riefen die Bewohner auf, mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Der erste Erfolg des Kampfes der Partei zeigte sich am nächsten Tag, als die ROTE HILFE-Initiative Reutlingen für ihre Gründungsveranstaltung am 25. Juli warb: ein älterer Arbeiter, der am Abend zuvor zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der Partei gewesen war, half mit, die Bevölkerung aufzuklären und versprach: Ich werde Mitglied der ROTEN HILFE!

Sofortige Freilassung des Genossen Klaus Kercher

19. Juli. Veranstaltung der Partei in Reutlingen. Polizisten überfallen einen Genossen, der vor der Kneipe steht und schleppen ihn ins Auto, die übrigen Genossen kommen zu Hilfe. Währenddessen schnappen zivile Polizeispitzel den Genossen Kercher und fahren mit ihm hintenrum in einem Zivilwagen ab. Seither sitzt Genosse Kercher im Gefängnis. Ein erneuter brutaler und hinterhältiger Angriff der Polizeischergen gegen die Kommunistische Partei, die KPD/ML.

Einen Tag vor seiner Verhaftung trat der Genosse Kercher bei einer Parteiveranstaltung in Tübingen erstmals seit längerem wieder auf. Er erklärte, warum er am 3. Mai dieses Jahres nicht bei seinem Roten Antikriegstags-Prozeß im Gerichtssaal erschienen ist. Das bürgerliche Klassengericht hatte sich geweigert, den Prozeßtermin zu verschieben, obwohl der Rechtsanwalt von Genossen Klaus Kercher, Jörg Lang, diesen Termin wegen eines Autounfalls nicht wahrnehmen konnte.

Als der Genosse Kercher dann im Einverständnis mit seinem Rechtsanwalt am 3. Mai nicht zur Verhandlung nach München fuhr, setzte das bürgerliche Gericht den inzwischen ausgesetzten Haftbefehl gegen den Genossen Kercher wieder in Kraft. Seither wurde der Genosse polizeilich gesucht.

Genosse Kercher erklärte, daß er mit seinem Fernbleiben entschieden gegen die Terrormaßnahme der bürgerlichen Justiz, ihm in seinem Prozeß den selbstgewählten Rechtsbeistand zu entziehen, protestieren wollte. **Er hätte allerdings nie vorgehabt, wegen dieser Angelegenheit in den Untergrund zu gehen. Trotz seines Haftbefehls trete er deshalb in der Öffentlichkeit jetzt wieder auf, um gegen die politische Unterdrückung gegen ihn und seine Partei, die KPD/ML, insbesondere auch gegen den unverschämten Haftbefehl, verstärkt den Kampf zu führen.**



Antikriegstag 1972, die KPD/ML demonstriert trotz Bannmeile und Polizeiterror gegen den imperialistischen Krieg

Auch auf der Veranstaltung in Reutlingen, auf der der hinterhältige Polizeiüberfall stattfand, hatte der Genosse Klaus Kercher gesprochen. Seine dabei erfolgte Verhaftung ist eine unverschämte Provokation und liegt auf der Linie des Verfolgungsterrros, den die Bourgeoisie gerade in letzter Zeit gegen die Kommunistische Partei, die KPD/ML, geführt hat. Höhepunkt dieses Terrors war die Ermordung unseres Genossen Routhier durch die Duisburger Polizei bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung. Das war kein Zufall, daß dieser Mord in einem bürgerlichen Gerichtssaal geschah. Denn gerade den Kampf der Partei vor Gericht, in dem die KPD/ML der bürgerlichen Klassenjustiz den Schleier der Neutralität herunterreißt und ihre üble Handlangerrolle zur Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutersystems entlarvt, fürchtet die Bourgeoisie in besonderer Weise.

So will sie durch die Verhaftung des Genossen Kercher eine Lücke in die Kampffront der Roten Antikriegstagskämpfer vor Gericht schlagen! Genosse Kercher schreibt dazu selbst in seiner Erklärung:

„Wir lassen uns von der Bourgeoisie nicht die Hände binden, und wenn sie einen von uns ins Gefängnis werfen, im Kampf dagegen werden neue Kämpfer aufstehen, wird die revolutionäre Front erstarken.."

WEG MIT DEM HAFTBEFEHL GEGEN KLAUS KERCHER!
FREISPRUCH FÜR ALLE ANGEKLAGTEN DER RAKT-PROZESSE!

Vom Aufbau des Sozialismus

TAUSENDE NEUE WOHNUNGEN FÜR ALBANISCHE FAMILIEN

Tausende von albanischen Familien haben in diesem Jahr neue Wohnungen und Wohnhäuser erhalten. Es sind jetzt 15 – 20 Wohnungen auf 1 000 Einwohner im Vergleich zu 9 – 12 Wohnungen als bester Durchschnitt der übrigen Welt in den albanischen Städten im Bau. Die Partei der Arbeit und die albanische Regierung trennen aber die Aufgabe, neue komfortable Wohnungen zu errichten, nicht davon, durch zahlreiche andere Maßnahmen für die ständige Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der albanischen Bevölkerung zu sorgen.

Neben dem Bau durch staatliche Unternehmungen werden viele Wohnungen durch freiwillige Arbeitsleistungen der Arbeiter selbst aufgebaut. Diese revolutionäre Bewegung, die sehr gute Resultate zeigt, wurde am 30. November 1967 ins Leben gerufen, als ein Erdbeben tausende von Häusern in Dibra und Librazhd zerstörte. In diesem harten Winter schafften es die staatlichen Bauunternehmungen zusammen mit tausenden von Arbeitern, alle Häuser innerhalb von 29 Tagen wieder aufzubauen.

4 100 WOHNUNGEN DURCH FREIWILLIGEN ARBEITSEINSATZ!

Dieses hervorragende Beispiel des revolutionären Heroismus der Massen, der Vitalität des sozialistischen Staates, wurde zu einer richtungsweisenden Erfahrung bei dem weiteren Neubau von Wohnungen. Allein im letzten Jahr wurden 4 100 Wohnungen durch den freiwilligen Arbeitseinsatz von Arbeitern aus den verschiedensten Betrieben und Institutionen fertiggestellt. Anläßlich des 30. Jahrestags der Befreiung ihrer Heimat und des Siegs der Revolution haben sich die Einwohner von Tirana vorgenommen, 1 500 Wohnungen durch den freiwilligen Arbeitseinsatz zu bauen.

Als ein Ergebnis der großen Investitionen des Staates und der freiwilligen Arbeitsleistungen der Massen, werden im Laufe des gegenwärtigen 5-Jahrplanes 40 000 neue Wohnungen bis 1975 fertiggestellt werden. In der gleichen Zeit planen die landwirtschaftlichen Cooperativen, ebenfalls mit großer Unterstützung des Staates, den Bau von 40.000 neuen Häusern.

Bereits in den ersten drei Jahren des 5-Jahrplanes, also von 1971 bis 1973, fanden zehntausende von Familien – eine Bevölkerungszahl so groß wie die City von Tirana – Unterkunft in neuen Wohnhäusern. Die staatlichen Mittel, die in diesem 5-Jahrplan zur Verfügung gestellt wurden, liegen 38% höher als im letzten 5-Jahrplan bzw. sind so groß wie die Mittel im zweiten und dritten 5-Jahrplan zusammengenommen.

Es wird gerechnet, daß heute die Hälfte der Bevölkerung der VR Albanien in Wohnungen lebt, die in den 30 Jahren der Volksmacht gebaut wurden. Aber es wird in Albanien nicht nur für genügend Wohnraum gesorgt, sondern auch dafür, daß die Mieten billig sind. Die Monatsmiete für eine Wohnung beträgt heute nicht mehr als den durchschnittlichen Wert von ein oder zwei Arbeitstagen eines Arbeiters. Das ist auch deshalb sehr wenig, weil heute in Albanien alle arbeitsfähigen Familienmitglieder arbeiten können, die Miete also tatsächlich nur einen äußerst geringen Bruchteil des Familieneinkommens ausmacht.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Gegen wachsende Ausbeutung durch die EG-Monopole

Militanter Kampf der Mittel-und Kleinbauern

Hundert zum Kampf entschlossene Bauern stürmten den Kai von Le Havre, an dem gerade die Ladung eines argentinischen Frachters gelöscht werden sollte. Die Bauern wollten verhindern, daß 150 t Fleisch und 300 t Obst entladen werden. Es gelang ihnen, den Frachter zu umzingeln und einen Teil des Fleisches in das Hafenbecken zu werfen. Als vierhundert weitere Bauern anrückten, um den Kampf zu unterstützen, wurde das Löschen abgebrochen.

Die Bauern aus der Normandie kämpften mit dieser Aktion gegen die ständig fallenden Erzeugerpreise vor allem bei Rind- und Schweinefleisch. Ähnliche militante Aktionen haben die Bauern in den letzten Wochen in fast allen westlichen Ländern durchgeführt. Besonders heftige Kämpfe fanden in Frankreich und in Belgien statt. Im ganzen Land flammte der Kampf auf. In den Ardennen errichteten die Bauern an verschiedenen Orten Straßensperren. Im südwestfranzösischen Departement Landes blockierten sie die Straße mit Traktoren. Bei Tours verbarrikadierten dreihundert empörte Bauern die Zugstrecke Paris — Bordeaux. Polizei rückte an, um die Blockaden zu durchbrechen, aber die Bauern weichen nicht und kämpfen gegen die Polizei.

In anderen Orten halten die Bauern Fleischtransporte an und hindern sie an der Weiterfahrt. Teilweise übergießen sie das Fleisch mit Benzin, um es unbrauchbar zu machen. In mehreren Städten halten die Bauern Protestversammlungen ab. In Bethune besetzten die Bauern das Stadtzentrum und luden vor der Unterpräfektur (Rathaus) Mist und Jauche ab. Die Bauern aus der Umgegend von Besancon lassen mitten in der Stadt Kühe und Stiere los.

Die Bauern von Avranches versammeln sich vor der Unterpräfektur und begießen den Rasen des Bürgermeisters mit Jauche. Auf das Gitter rund um die Unterpräfektur werden tote Schweine gespießt. In Rennes belagern 150 empörte Bauern das Haus des französischen Ministers für Handel und Handwerk.

Zur gleichen Zeit führen die Winzer in der Südpfalz militante Aktionen durch und demonstrieren tausende von Bauern in Schleswig-Holstein (RM 29, S. 4). Erst vor einigen Monaten haben italienische Bauern den Brenner besetzt und lange gegen die anrückende Polizei gekämpft. Erst einer Spezialeinheit der italienischen Armee gelang es, sie schließlich zu vertreiben.

An der Spitze aller dieser Kämpfe stehen überall die kleinen und mittleren Bauern. Sie erkennen immer klarer, daß ihre Feinde die Agrarkapitalisten, die in der EG zusammengeschlossenen Monopole und die kapitalistischen Staaten selbst sind.

Die Verhältnisse unter den Rinder- und Schweinezüchtern bieten ein anschauliches Beispiel für die Lage der Bauern insgesamt. Für Schlachtrinder im Durchschnitt aller Klassen bekamen die Bauern in diesem Jahr nur 288 DM pro 100 kg Lebendgewicht, 10% weniger als im letzten Jahr. **Noch 1957 bezahlten die französischen Bauern einen Traktor mit sechs Schweinen, in diesem Jahr müssen sie 100 Schweine verkaufen, um einen Traktor zu bekommen.** Selbst die härteste Arbeit der ganzen Familie rettet diese Bauern nicht vor Verschuldung und schließlichem Ruin.

Die großen Konzerne wenden aber noch zusätzliche Methoden an, um das letzte aus den Bauern herauszupressen. In Frankreich gibt es z. B. folgende Praxis:
Die Konzerne schließen mit den Bauern Integrationsverträge ab. Die Bauern bekommen einen Kredit und müssen sich verpflichten, ihr Jungvieh und alle Futtermittel bei diesem Konzern zu kaufen. Vom Erlös der verkauften Tiere müssen sie dann den Kredit zurückzahlen — bei den Erzeugerpreisen unmöglich. Allein im letzten Jahr steigerten die Nahrungsmittelmonopole ihre Gewinnspanne um 57%.

In dieser Situation versammelten sich in Brüssel die Landwirtschaftsminister der EG, um, wie sie selbst sagten, „die Bauern zu besänftigen". Die Beschlüsse, die sie faßten, zeigen aber ein weiteres Mal, daß ihnen nur die Interessen der Kapitalisten am Herzen liegen. Sie werden die Lage der Bauern noch weiter verschlechtern. Die Bauern sollen ihre Rinder im Stall stehen lassen, die Prämie, die sie dafür bekommen, deckt nicht einmal die Futterkosten. Gleichzeitig wird ein Stopp der Rindfleischimporte bis Oktober beschlossen. Aber von den 6 Mio. t Fleisch, die jährlich in der EG produziert werden, kommen nur 275.000 t aus anderen Ländern.

Die kleinen und mittleren Bauern haben sich in den militanten Aktionen gestählt, ihre Kampfbereitschaft ist gewachsen. Die Bauernbewegung in den Ländern der EG wird sich erweitern und vertiefen. Die kleinen und mittleren Bauern, alle fortschrittlichen Kräfte unter den Bauern müssen für den revolutionären Kampf gewonnen werden. Seite an Seite mit der Arbeiterklasse und geführt von den marxistisch-leninistischen Parteien, werden sie durch die gewaltsame Revolution das kapitalistische Ausbeutersystem stürzen.

Trotz Verhandlungen

Der bewaffnete Kampf bleibt die Hauptfront

Am 1. Juli eröffnete die Frelimo in der Provinz Sambesia ihre 5. Front in Mozambik. Schon in den ersten Tagen schlossen sich der Befreiungsarmee über 2.000 neue Kämpfer an. Während der ersten Operationen konnte eine große Zahl von Waffen vom Feind erbeutet werden. Die Befreiungskämpfer in Mozambik, Angola und Guinea-Bissao haben trotz der Verhandlungen, die sie mit der Junta in Portugal führen, die Kämpfe nicht eingestellt.

Der Vizepräsident von Frelimo, Santos, erklärte: „Die Gespräche in Lusaka bedeuten die Eröffnung einer neuen Front, aber der Krieg, der bewaffnete Kampf bleibt die Hauptfront."

Die Junta in Portugal versucht trotz gegenteiliger Beteuerungen alles, um die völlige Befreiung der von ihr besetzten Gebiete zu verhindern. Ihr Außenminister erklärte, daß für ihn „Angola noch nicht völlig verloren sei". Gleichzeitig werden in Mozambik und Angola Banden organisiert, die Terrorakte gegen die Bevölkerung durchführen und die schon mehr als 10 Menschen ermordet haben. Die Junta behauptet, sie habe mit diesen Banden nichts zu tun. Die Frelimo entlarvte diese Lügen und gab bekannt, daß vom 9. — 13. Juni portugiesische Truppen und Flugzeuge mehrere Dörfer, Krankenhäuser, Schulen und Kornspeicher zerstört haben. Dabei wurden allein in Miteda 9 Menschen ermordet. Beim Generalstreik in Luanda schoß die Polizei auf die Streikenden und tötete über 30 Menschen. Über 100 wurden verletzt.

Die portugiesischen Kolonialisten wehren sich verzweifelt, aber sie erleiden Niederlage auf Niederlage. Die schwarzen Soldaten der Junta stellen sich immer mehr auf die Seite des Volkes. Ganze Regimenter wechseln zur Frelimo, in Luanda nehmen sie ihre Waffen nachts mit in die von Afrikanern bewohnten Stadtviertel.
In der Tete-Provinz vernichteten die Befreiungskämpfer über 70 portugiesische Soldaten. Die Frelimo griff zwei KZ's an und eroberten einen Militärposten. Dabei setzten sie 20 feindliche Soldaten außer Gefecht und befreiten eine große Zahl von Gefangenen. Während der ganzen Zeit wurden militärische Operationen an Straßen und Eisenbahnlinien durchgeführt, bei denen 50 feindliche Soldaten getötet wurden und 2 Züge und 8 andere Fahrzeuge zerstört wurden.

Die „Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit von Angola" hat die Nationale Befreiungsfront und die Volksbefreiungsbewegung in Angola aufgerufen, sich zusammenzuschließen. Sie erklärt, daß sie den bewaffneten Kampf für die völlige Unabhängigkeit Angolas fortsetzen wird bis zum Sieg.

Die Ereignisse in Mozambik, Angola und Guinea-Bissao beweisen, daß sich der Imperialismus niemals freiwillig zurückziehen wird, Die Völker dieser drei Gebiete halten unerschütterlich am bewaffneten Kampf fest, verzichten aber nicht auf Verhandlungen. Sie werden alle Schwierigkeiten überwinden, die Fallen und Tricks des Feindes vereiteln und den Sieg erringen.

Aus aller Welt

USA. 23 Menschen hat die Polizei von Atlanta in den letzten 18 Monaten ermordet. 22 davon waren Afro-Amerikaner. Das letzte Opfer der Polizei war ein 17-jähriger Junge. Hunderte von Afro-Amerikanern demonstrierten noch am selben Tag gegen diesen Mord. Sie kämpften mutig gegen die Polizei, der es allerdings gelang, 35 Kämpfer festzunehmen. In New York griffen afroamerikanische Jugendliche Polizeiautos an, um gegen die Ermordung eines 10-jährigen Jungen zu protestieren.

Daressalaam. Die 11. Konferenz der Präsidenten und Ministerpräsidenten der Länder der Organisation der Afrikanischen Einheit unterstützte mit einer Erklärung den Kampf der Völker von Mozambik, Angola und Guinea-Bissao. Alle Staaten werden aufgerufen, die Junta in Portugal solange nicht anzuerkennen, noch Beziehungen mit ihr aufzunehmen, bis sie die völlige Unabhängigkeit dieser Länder garantiert. Die Sowjetunion hat dagegen die Junta in Portugal schon diplomatisch anerkannt.

Weder Yankee-noch Franco-noch König!

Fast alle gegen die Völker gerichteten Ereignisse in der Geschichte treten zweimal auf: Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Der Versuch, der jetzt anläßlich der Erkrankung Francos in Spanien eingeleitet wurde, mit Juan Carlos die Monarchie zu restaurieren, ist eine solche Farce.

Franco — das ist für das spanische Volk die Verkörperung des blutigen Terrors gegen die zweite Republik. Franco — das ist die Verkörperung eines Regimes, das unter dem Oberkommando des US-Imperialismus das Volk in immer grössere Armut treibt, es mit den Methoden eines Hitler und Mussolini terrorisiert. Sein Tod bedeutet deshalb sowohl für das Volk als auch für den Imperialismus mehr als normalerweise der Tod eines Regierungsoberhauptes. „Das Franco-System wird Caudillo kaum überdauern" schrieb zum Beispiel eine bürgerliche Zeitung nach der Übertragung der Amtsgeschäfte Francos an Juan Carlos.

In der Tat steht Francos Tod für die tiefe Krise des spanischen Faschismus. Um diese Krise aufzufangen, propagiert die Bourgeoisie seit langem den Tod Francos und den Machtantritt Juan Carlos als den Beginn einer Phase der „Liberalisierung" und der „Demokratisierung". Aber das spanische Volk sieht sehr gut, daß aus dieser Propaganda nur eines spricht: Der Versuch des Francismus, sich selbst zu überleben. **Alle Versuche, Juan Carlos im Volk populär zu machen, haben nur den einen Erfolg gezeigt, daß man jetzt allenthalben von Juan Carlos als dem Hampelmann des Imperialismus spricht. Franco, der Diktator — abgelöst von Juan Carlos, dem Hampelmann — das zeigt die wachsenden Schwierigkeiten des Imperialismus, das Volk so zu unterdrücken, wie bisher.**

Wenn das spanische Volk diese Bedeutung von Francos Tod sieht, so heißt das nicht, daß es den Lügen der bürgerlichen Presse Glauben schenkt, der Abtritt Francos bedeute den Abtritt des Faschismus.

Nicht der Tod eines Diktators und nicht die Übernahme seiner Geschäfte durch ein anderes Sprachrohr des Imperialismus wird das Schicksal Spaniens bestimmen, sondern der Kampf des Volkes. Denn es ist das Volk und nur das Volk, das die Geschichte macht.

Diesen anwachsenden revolutionären Kampf des spanischen Volkes fürchten nicht nur die spanische Oligarchie und ihr Oberherr, der US-Imperialismus, sondern auch die sowjetischen Sozialimperialisten, die in ihrem Streben nach Hegemonie der anderen Supermacht diesen strategisch äußerst wichtigen Punkt Europas abjagen wollen.

Um den Kampf des spanischen Volkes zu unterdrücken, regiert das Franco-Regime mit der Gavotte, mit Folterungen, Ermordungen und Verhaftungen der konsequentesten Antifaschisten. Um den Kampf des spanischen Volkes in die Irre zu leiten, propagieren die modernen Revisionisten, diese Agentur des Imperialismus in der Arbeiterbewegung mit ihrem „Pakt für die Freiheit", den „friedlichen Sieg" über den Faschismus.

Aber mit all diesen Mitteln konnte nicht verhindert werden, daß die Massenbewegung gegen den US-Imperialismus und die Franco-Diktatur mit der Gründung der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Einheitsfront im Januar dieses Jahres eine neue Stufe erreichte. Mit all diesen Mitteln konnte auch nicht verhindert werden, daß das spanische Volk unter der Führung seiner Vorhutpartei, der PCE/ML, seinen Kampf immer klarer und einheitlicher auf den bewaffneten Volkskrieg orientiert mit dem Ziel eines sozialistischen Spaniens, einer föderativen Volksrepublik vor Augen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter



Auf Hamburgs Werften weht ein FRISCHER WIND



„Auf Hamburgs Werften weht ein frischer Wind" – dieser Artikel über den Kampf der Werftarbeiter gestern und heute ist der erste Artikel einer mehrteiligen Serie über die deutsche Arbeiterbewegung. Wir werden in dieser Serie einmal im Monat am Beispiel von Großbetrieben in Westdeutschland und Westberlin auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, auf den Kampf der revolutionären KPD Ernst Thälmanns eingehen und zeigen, wie die KPD/ML im scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus heute als Vorhut der Arbeiterklasse ihren Kampf weiterführt.

★ ★ ★

Hamburgs Werften und der deutsche Imperialismus gehören zusammen. Aber auch das gehört zusammen: Hamburgs Werften und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Imperialismus, Faschismus und Krieg für ein sozialistisches Deutschland. „Die Werften sind rot" hieß es jahrzehntelang. Und so wird es auch wieder heißen!

Als Deutschland sich zum ersten imperialistischen Weltkrieg rüstete, da wurden große Teile der kaiserlichen Kriegsflotte auf Hamburger Helgen zusammengeschweißt. Die Monopolherren von Krupp bis Mannesmann wollten sich damit einen Platz an der Sonne erobern. Sie machten Millionenprofite durch den Kriegsschiffbau, während die Kollegen für Hungerlöhne schufteten oder auf den Schlachtfeldern verbluteten. Und was brachte den Kollegen der Friede von 1919 und die neue Republik, die mit Hilfe der SPD wieder eine Republik der Kapitalisten – der Krupp und Thyssen – geworden war? Sie brachte 1919 „Sorge um die Arbeit auf den Werften", „Die Not der Hamburger Werften",' 1926 eine „große Erwerbslosigkeit, die gerade in der Werftindustrie herrscht", 1929 „starken Mangel an Neubauaufträgen und eine starke Beschäftigungslosigkeit", und im selben Jahr die Betriebsschließung der Hamburger Vulkan-Werft und 1931 die „Kündigungen auf den Hamburger Werften". So waren damals die Schlagzeilen der Hamburger Zeitungen. Und fast wörtlich wiederholen sie sich heute.

Aber nicht umsonst hieß es: „die Werften sind rot". Noch im Kriege, 1918, gingen die Werftkollegen auf die Straße. Sie bildeten einen Arbeiterrat. Mehrfach besetzten sie in den Jahren nach 1919 die Betriebe und im Jahre 1923 – dem Jahr des Hamburger Aufstandes unter der Führung Ernst Thälmanns – da hißten sie auf dem Direktionsgebäude die rote Fahne.

Als der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD immer mächtiger wurde und die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht mehr anders aufrecht erhalten konnte – da ging sie zum offenen Faschismus über. Ungeheuer steigerten die Kapitalisten die Ausbeutung und politische Unterdrückung der deutschen Kollegen, ausländischen Gefangenen und KZ-Häftlingen, die z. B. bei Blohm & Voss in der Außenstelle des KZ Neuengamme zu Tode geschunden wurden. Aber die Kollegen gaben unter der Führung der Kommunisten den Kampf während der ganzen Zeit des Hitler-Faschismus nicht auf. 1939 erschienen Flugblätter mit der Aufforderung „langsamer arbeiten" und eine Lohnerhöhung wurde durchgesetzt. Kriegsproduktion wurde sabotiert, indem Sand in die Lager der Schiffswellen gestreut wurde und an die Schiffswände wurden Hammer und Sichel gemalt.

Diese Kampftradition setzte sich auch gegen den westdeutschen Imperialismus fort, der in den 50-iger Jahren immer deutlicher sein Haupt erhob. Gegen die sich daraus ergebende Arbeitshetze und wachsende politische Unterdrückung standen in den Jahren 1953 – 57 die Kollegen der norddeutschen Werften in großen Kampfaktionen auf. 1955 erlebten die Hamburger Werften durch einen Streik für 20 Pfennig mehr auf der Howaldtwerft und der Stülckenwerft einen Höhepunkt. 11.000 Werftarbeiter standen im Kampf. Tagelang belagerten sie das Direktionsgebäude und bestanden auf ihren Forderungen. Sie ließen sich durch den ganzen Unterdrückungsapparat des Hamburger Senats nicht einschüchtern, auch nicht durch die IGM, die den Streik für illegal erklärte. Solidaritätsstreiks brachen in den Landgebieten der Wasserkante aus und die Frauen der Werftarbeiter zogen vor die Betriebstore, um ihre Männer in dem gerechten Kampf zu unterstützen. Und der Kampf hatte Erfolg. Die Werftunternehmer mußten nachgeben.

Werftarbeiterversammlung vor dem I. Weltkrieg

Damals kämpften an der Spitze der Kollegen die Betriebsräte der KPD. Ihnen schenkten die Kollegen ihr Vertrauen – wie zur Zeit Ernst Thälmanns. Aber der Verrat der modernen Revisionisten zerrte auch auf den Werften jahrelang den Kampf zurück, beraubte die Kollegen der Führung durch die Kommunistische Partei.

Aber das Banner des Marxismus-Leninismus wurde aus dem Schmutz gerissen, und das spüren seit Sommer 1972 auch die Werftkollegen, als es vor den Toren hieß: „Heute der neue FRISCHE WIND, Betriebszeitung der KPD/ML für die Hamburger Werften!" Die KPD/ML nahm ihre Arbeit auf den Hamburger Werften auf.

Die Werften sind ein besonders klares Beispiel für die kapitalistische Produktionsweise. „Pro Schiff ein Mann", hieß es früher wie heute. 1972 bei Blohm & Voss auf dem Tanker „Seven Stars", da waren es 7 Tote. 1973 auf HDW bei der „City of Edinburgh" 13 Schwerverletzte. Die Kapitalisten hatten mal wieder keine Zeit, die Dämpfe vom Anstrich abzusaugen, es mußte gleich hinterher geschweißt werden. Die Explosionen haben ja die Arbeiter zerfetzt – nicht die Kapitalisten. Die scheinheiligen Nachrufe der Kapitalisten in ihren Zeitungen zeigen das Durchschnittsalter an, das die Kollegen erreichen: 55 Jahre. Hier ist es die Parteizelle der KPD/ML, die den Kollegen aufzeigt, daß allein die proletarische Revolution Abhilfe schaffen kann, und nicht, wie es die D„K"P vorschlägt: „Mehr Rothelme" (Arbeitsschutz) oder ein „neuer Sicherheitsingenieur".

„Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse hinab", so schrieben vor über 120 Jahren Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei". Für die Werftarbeiter heißt das 6 Tage mit 60 Stunden in der Woche, wenn sie ihre Familien ernähren wollen.

Und das wird sowieso immer schwieriger auf den Werften: es wird rationalisiert und konzentriert. Gab es in den 50-iger Jahren noch 5 Großwerften mit 40.000 Arbeitern, so sind es heute 2 mit 12.000.

Im vorigen Jahr wurde das Werk Finkenwerder der HDW, ehemals die größte deutsche Werft, stillgelegt. 5.000 Arbeitsplätze gingen verloren, trotz jahrelangen Lügen, über sichere Arbeitsplätze, Ausbau der Werft, betrügerische „Sozialpläne", die die Kapitalisten mit Unterstützung der IGM den Kollegen erzählten. Die D„K"P-Revisionisten standen den Werft-Bossen mit guten Ratschlägen zur Seite, wie man mit geschickteren Investitionen und Mitbestimmung die Krise abwenden könne und taten alles, um die Kollegen vom Kampf abzuhalten. „Streiks und Betriebsbesetzungen! Muß es erst bei uns soweit kommen? Wir meinen: Nein!" jammerten sie. In einzelnen Abteilungen



1969: Kieler Werftarbeiter streiken für Lohnangleichung an Hamburger Werft

kam es immer wieder zu Streiks, die Kollegen stellten die Maschinen ab, und bis zuletzt fürchteten die Kapitalisten, daß die „City of Edinburgh", das letzte auf Finkenwerder gebaute Schiff, nicht vom Stapel laufen würde – wegen Sabotage.

Der Einfluß der Partei war damals noch zu gering, um die Bewegung der Kollegen zu einen und ihr die revolutionäre Stoßrichtung zu geben. Doch damals wie heute, z. B. anläßlich der Aufsichtsratswahl bei HDW im Mai 74, entlarvt die Partei den Mitbestimmungsschwindel und die besonders starke Verfilzung von Kapital, Senat und DGB-Apparat. Heinz Scholz, zur Zeit der Schließung von Finkenwerder IGM-Bezirksleiter und im HDW-Vorstand, wurde zum Dank für seine gute Unterstützung der Kapitalisten als Personaldirektor in den Vorstand von HDW geholt. Im FRISCHEN WIND bekämpft die Parteizelle die faschistische Ideologie von der „Volksgemeinschaft", die Versuche der Kapitalisten, durch Leute wie Scholz und jetzt Bundesinnenminister Apel, im Aufsichtsrat verschärfte Ausbeutung und politische Unterdrückung auf der Werft durchzusetzen.

Werftarbeiter sind schon immer besonders klassenbewußte Arbeiter gewesen. Wenn nach Monaten harter und gefährlicher Arbeit so ein Pott ins Wasser rauscht, dann haben wir handgreiflich vor Augen: **„Den haben wir 5 000 gebaut, dat is unser Schipp, unsere Knochen und unser Schweiß."** Und wir spüren unsere Kraft. Die Werftkapitalisten wissen, wen sie vor sich haben, sie haben aus den vergangenen Kämpfen gelernt und wissen, daß der Drang zum Sozialismus bei den Werftarbeitern schon immer besonders stark ist. Das ganze Arsenal der Spaltung wird aufgefahren, um uns vom Kampf abzuhalten: Spaltung zwischen ausländischen und deutschen Kollegen, zwischen Facharbeitern und „unqualifizierten", zwischen den Stammarbeitern und den Kollegen von „Sklavenhändlern" und Fremdfirmen. **Und die modernen Revisionisten von der D„K"P/„S"DAJ haben für die Kapitalisten harte Arbeit auf den Werften zu leisten.**

Aber gerade unter den vielen fortschrittlichen Lehrlingen bei HDW, die besonders aktiv gegen die politische Unterdrückung und kapitalistische Ausbildung kämpfen, wurden dem modernen Revisionismus durch den Kampf der Partei große Schläge versetzt. So warfen z. B. die Lehrlinge den D„K"P-Bonzen Müller-Goldenstedt aus der Jugendvertretung. Durch ihre revolutionäre Linie und durch die ständige Propaganda für den Kommunismus konnten die Partei und die ROTE GARDE ihren Einfluß festigen. Die Antwort der Kapitalisten und DGB-Bonzen: Anträge auf Gewerkschaftsausschluß aller 5 Jugendvertreter, Entlassung von 2 Jugendvertretern, wobei sie sogar den Werkschutz gegen den Kommunisten Wolfgang einsetzten, Entlassung von 6 weiteren fortschrittlichen Kollegen und 80 Verwarnungen und Briefe an die Eltern aller Lehrlinge. Doch auch damit konnten sie nur kurzfristig die Kollegen einschüchtern. In einer breiten Solidaritätskampagne der KPD/ML konnten hunderte von Unterschriften und Geldspenden gesammelt werden, konnte die Wiedereinstellung des kommunistischen Jugendvertreters Wolfgang erzwungen werden. **Und das wichtigste: Neue Kollegen konnten von der Notwendigkeit des Kampfes mit der KPD/ML und der ROTEN GARDE für den Sozialismus gewonnen werden.**

Auf den Werften weht wieder ein frischer Wind – er bläst den Kapitalisten schon heute stark ins Gesicht. Morgen wird er sie hinwegfegen. Auch über die Helgen, Docks und Kräne werden die Arbeiter die Herren sein in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Fortsetzung von Seite 1

Von der Polizei erschossen

Drei Arbeiter von Polizeikugeln getroffen. Hans-Jürgen Remiszko ist das fünfte Opfer, das der Terror der Polizei in den letzten Monaten fordert: Günther Jendrian, Münchner Taxifahrer, von der Polizei in seiner Wohnung erschossen; Thomas Hytrek bei einer Demonstration von einem Wasserwerfer halbtot gefahren; Neset Danis, türkischer Antifaschist, von Faschisten totgeschlagen – die Polizei schützt seine Mörder; und schließlich Genosse Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, gestorben an den Folgen eines brutalen Polizeieinsatzes bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg

In allen Fällen ging das Morden der Polizei einher mit einer wüsten Lügenpropaganda in der Presse. Die Absicht jedesmal die gleiche: Nicht der Mörder, die Polizei ist der Verbrecher, sondern der Arbeiter, der Antifaschist, der Kommunist.

So auch hier: am Tag nach dem Mordanschlag auf die drei Mannheimer Arbeiter die Schlagzeile von „Bild": „40 Rocker fielen nachts über zwei Beamte her – Polizist erschießt Rocker." Und im Text dann: „Sie schrien: ‚Scheißbullen, schlagt sie tot.' Und sie schlugen: mit Stahlruten und Fahrradketten und Totschlägern. In ihrer Verzweiflung zogen die Polizisten die Pistole... "

Nichts davon ist wahr. Alles erstunken und erlogen. Genossen der KPD/ML in Mannheim haben sich an die Anwohner der Oberen Reetstraße in Mannheim-Käfertal gewandt. Sie haben mit Augenzeugen gesprochen. Und das ist die Wahrheit:

Kein einziger Rocker war an diesem Abend in dem betreffenden Lokal oder auf der Straße. Die einzigen, die man hätte für Rocker halten können, waren die beiden Polizeibeamten. Sie – eine Sonderstreife der Polizei zur Bekämpfung der „Gewaltkriminalität" – unternahmen keinerlei Versuch, sich als Polizisten auszuweisen. Der Kollege, dem sie eine Kugel in den Oberschenkel jagten, erfuhr erst im Krankenhaus, daß es Polizisten waren, die auf ihn geschossen hatten.

Keiner der Gäste des Lokals war bewaffnet. Von Notwehr kann keine Rede sein. Die Polizisten schossen sofort. Ihre Kugeln trafen nicht nur die drei Arbeiter. Eine Kugel schlug durch die Rolladen einer anliegenden Wohnung und blieb über dem Sofa in der Wand stecken.

Auf diese Schüsse hin stürzten die Gäste aus dem Lokal, die Menschen aus den umliegenden Häusern. Sie sahen sich nach wenigen Minuten einem ungeheuren Polizeiaufgebot gegenüber. Alle verfügbaren Peterwagen wurden in die Obere Reetstraße geschickt. Die ersten Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag. Ein Teil von ihnen kam, um das nur 100 m entfernte Polizeirevier zu schützen, die anderen bedrohten die aufgebrachten Bewohner, die Arbeiter und Angestellten, die in diesem Viertel wohnen. Zehn der Gäste des Lokals, die zuerst auf die Straße gestürzt waren, wurden an die Wand gestellt, abgetastet und wie Schwerverbrecher behandelt. Und immer noch kamen neue Polizisten.

Während die Polizei das ganze Viertel in ein Bürgerkriegslager verwandelte, verblutete der Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko. Denn während die Polizei sofort da war, kam der Rettungswagen erst nach 10 bis 15 Minuten.

Die Genossen der KPD/ML, die mit den Bewohnern der Oberen Reetstraße sprachen, berichten, daß sie überall auf eine ungeheure Empörung über diesen hinterhältigen und brutalen Polizeimord stießen.

Die Mannheimer wissen: dieser Polizeimord ist kein Einzelfall. Überall wird die Erinnerung wach an den 17-jährigen Lehrling, den die Polizei vor einiger Zeit erschoß, weil er ein Moped gestohlen hatte. Gerade zwei Monate erst ist es her, daß die Polizei, darunter Beamte des „Mobilen Einsatzkommandos" die Mannheimer Bevölkerung terrorisierten – angeblich um einen Dieb zu finden, der einer alten Frau 10 DM gestohlen haben soll.

Was diese Arbeiter und Angestellten allerdings fast noch mehr empört, sind die Lügen, die sie in den Zeitungen lesen, über das, was am 18. Juli passiert ist. Diese Lügen sind es, die vielen, die noch Illusionen in den bürgerlichen Staat haben, zeigen: was hier passiert, ist ein abgekartetes Spiel. Um den „Übergriff", das Verbrechen von zwei Polizisten zu vertuschen, wird nicht die gesamte Presse auf eine solche infame Polizeilüge gleichgeschaltet. Das passiert nur, wenn die, die der Presse befehlen, auch den Mord, das Verbrechen, befohlen haben.

Und keiner von diesen Menschen zweifelt auch nur eine Sekunde, wenn ihnen die Genossen der KPD/ML vom Polizeimord an dem Kommunisten Günter Routhier erzählen.

Die Mannheimer Bevölkerung hat den Terror der Polizei erlebt. Die Propagandisten der Bourgeoisie werden es nach diesem 18. Juli schwerer haben, mit ihren Lügen über die „Demokratie" in diesem kapitalistischen Staat bei ihnen Glauben zu finden. Das Riesenpolizeiaufgebot nach den Schüssen auf die drei Arbeiter und die Hetzlügen ihrer Presse zeigen, welche Angst die Bourgeoisie bereits jetzt vor dem Widerstand des Volkes gegen seine Unterdrücker hat.

"...schiessen tun sie nur auf die Kleinen"

Ich sprach mit einem der beiden von der Polizei verletzten Arbeiter. Der Kollege ist 28 Jahre alt, Arbeiter, und liegt mit einem Oberschenkelschuß im Städtischen Krankenhaus von Mannheim. Wie ist das alles passiert?

Der Kollege erzählt: er ist am Donnerstag abend mit einem Arbeitskollegen zusammen in den Club 88 gegangen. Da geht er alle paar Wochen einmal hin. **Auf einmal stürzte ein Mann hilferufend in den Club. Der Kollege und sein Arbeitskollege gehen nach draußen, nachsehen, was los ist. Da stehen zwei Männer mit gezogener Pistole.** Einer von ihnen trägt eine rote Lederjacke. Sie glauben beide an einen Überfall und gehen auf die Männer zu. Die Pistolen halten sie nicht für echt. Selbst als ein- oder zweimal in die Luft geschossen wird, glaubt er noch, es seien nur Gaspistolen. **Aber auf einmal bekommt er selber einen Schuß in den Oberschenkel. Danach fallen noch andere Schüsse. Aber die hat er nicht mehr genau gesehen, weil er umgekippt ist und auch große Schmerzen hatte.**

Der Kollege ist empört über die Berichte in der Presse. „Alles erlogen". Er weiß genau, er hat nirgendwo Schlagwerkzeuge, Fahrradketten oder Totschläger gesehen. Auch waren da keine Rocker. Nur ganz normale Arbeiter, wie er auch. Hans-Jürgen Remiszko, der erschossen worden ist, ist sein Arbeitskollege, der Kollege, mit dem zusammen er in das Lokal gegangen ist. Er wohnt mit ihm in einem Haus und kennt ihn ganz genau. Es waren auch keine 40 Leute, wie die Zeitungen geschrieben haben. Können es gar nicht gewesen sein. Denn die Leute sollen ja aus dem Lokal gekommen sein und da gehen gar nicht so viele rein.

Der Kollege selber hat erst im Krankenhaus erfahren, daß es Polizisten waren, die auf ihn geschossen haben. Bis dahin hat er geglaubt, es sind Rocker. Die beiden haben auch keinen Versuch unternommen, sich als Polizisten zu erkennen zu geben, sondern haben einfach geschossen. Und er betont noch einmal: da war kein einziger Rokker, die einzigen, die man hätte für Rocker halten können, die Lederjacken anhatten und sich auch so benommen haben, waren die Polizisten.

Als ich dem Kollegen dann von dem 17-jährigen Lehrling erzähle, den sie in Mannheim vor einiger Zeit erschossen haben und vom Mord an dem Kommunisten Günter Routhier, da sagt er: „Ja, ich weiß schon, wie die mit uns umspringen. Die Großen lassen sie in Ruhe, schießen tun sie nur auf die Kleinen."

Die Bourgeoisie braucht die Kriminalität

Nach der im Juni veröffentlichten „Kriminalstatistik 1973 für die Bundesrepublik und Westberlin" wurden 2 559 974 Straftaten verübt – Verkehrs- und sogenannte Staatsschutzdelikte, die einen Großteil der politischen Prozesse ausmachen, sind dabei nicht mitgerechnet worden. Es ist also nicht eine verschwindende kleine Minderheit, es sind Millionen, die der Kapitalismus zu Verbrechern stempelt.

„Die Menschen sind schlecht" – das ist letztlich die Erklärung, die uns die bürgerliche Presse für das Ausmaß der Kriminalität präsentieren will. Deshalb tauchen in den Schlagzeilen in regelmäßigen Abständen immer wieder Artikel auf, in deren Mittelpunkt Kindestötungen, Sittlichkeitsverbrechen usw. stehen. „Bestialisch, tierisch, unmenschlich" – durch solche Formulierungen sollen die Menschen, die diese Taten begangen haben, als „Unmenschen", als „Bestien in Menschengestalt" hingestellt werden. In Wahrheit sind diese Menschen durch den Kapitalismus in für sie ausweglos erscheinende Verzweiflung getrieben, jeder Hoffnung und jedes Halts beraubt, zu psychischen Krüppeln gemacht worden. Natürlich sind die von ihnen begangenen Taten entsetzlich und kaum begreiflich, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die „Unmenschlichkeit" dieser Verbrechen vor allem die Unmenschlichkeit des Kapitalismus ist.

Viel zahlreicher aber sind die Delikte, durch die Einzelne versuchen, dem Joch der Ausbeutung durch Diebstahl, Raub usw. zu entfliehen oder es sich zu erleichtern. Die Entrüstung der Kapitalisten darüber ist mehr als heuchlerisch; denn diese sogenannten „Verbrecher" handeln durchaus „kapitalistisch": sie stellen ihre egoistischen Interessen voran, wollen sich bereichern, ohne dafür zu arbeiten. Die Bourgeoisie unterstützt das, indem sie unablässig in Illustrierten, Filmen und im Fernsehen eine Welt des „unbegrenzten Konsums" vorgaukelt, während in Wirklichkeit die Löhne kaum für das zum Leben Notwendigste reichen. In Filmen und Schundromanen verherrlicht der Kapitalismus das Verbrechen als Abenteuer.

Die Bourgeoisie braucht die Kriminalität aus verschiedenen Gründen. Zum einen soll die Bedrohung, die von Gewaltverbrechen für die Menschen ausgeht, den Ausbau ihres Polizeiapparates rechtfertigen. **Die Bourgeoisie braucht die Angst vor Raubmördern, Sittlichkeitsverbrechern usw., um hinter der Maske der Verbrechensbekämpfung die Polizei zur Bürgerkriegstruppe gegen die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk auszubauen.**

Der sogenannte Strafvollzug selbst ist der beste Beweis dafür, daß die Bourgeoisie die Kriminalität planvoll schürt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein Jugendlicher, der wegen eines Mopeddiebstahls in den Knast gesteckt wird, nach seiner Entlassung in der Regel ein mit allen Wassern gewaschener Profi ist. Entlassene Strafgefangene werden immer wieder rückfällig, weil der Kapitalismus ihnen jede andere Existenzmöglichkeit praktisch verwehrt.

Die Kapitalisten sind brennend daran interessiert, daß gerade die, die am unzufriedensten mit ihrer Lage im Kapitalismus sind, der Kriminalität verfallen; denn kriminell gemachte, zerbrochene Menschen sind nicht in der Lage, konsequent gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, sie stellen sich nicht auf den Boden der Klassensolidarität, sondern folgen ganz im Sinne der Kapitalisten ihren egoistischen Interessen. **Die Bourgeoisie propagiert die Kriminalität nach dem Motto „Erlaubt ist alles, man darf sich nur nicht dabei erwischen lassen", um diese Menschen davon abzuhalten, sich in die Front des revolutionären Klassenkampfes für den Sturz des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution, dem einzigen Weg der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, einzureihen.**

Kriminalität und das „Recht" des kapitalistischen Staates sind zwei Seiten einer Medaille. Der Kapitalismus selbst beruht darauf, daß die Kapitalisten tagtäglich den Werktätigen die von ihnen geschaffenen Werte raubt. Die Kapitalisten sind es, die für den Profit über Leichen gehen (alle zwei Stunden stirbt ein Kollege durch die Arbeitshetze am Arbeitsplatz, ganz zu schweigen von den imperialistischen Kriegen). Verbrecherisch ist der Kapitalismus, kriminell ist die Bourgeoisie. Nur ist die Bourgeoisie im Kapitalismus eben die herrschende Klasse, sie macht die Gesetze und erklärt für sich zum „Geschäft", was sie durch ihre Gesetze sonst kriminalisiert. Diese Zwillingsbrüderschaft von Kapitalismus und Kriminalität hat Bert Brecht einmal in die Worte gekleidet: „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? "

Der Polizeiapparat wird gegen die Kämpfe des Volkes immer weiter ausgebaut, aber die Kriminalität wächst und ist besonders in den großen Städten in manchen Vierteln bereits zum beherrschenden Element geworden. Ähnlich ist es in den revisionistischen Ländern, in denen besonders die Jugendkriminalität immer stärker ansteigt, weil die revisionistischen Machthaber die Jugend mit kapitalistischer Ideologie vergiften.

In den sozialistischen Ländern dagegen geht die Kriminalität immer mehr zurück. Wo Ausbeutung und Unterdrükkung aufgehört haben das Leben der Werktätigen zu bestimmen, wo die Arbeiter und Bauern Herren des Landes sind, sind auch die Ursachen für die Kriminalität beseitigt. Natürlich kommen Diebstähle noch vor, weil das alte Bewußtsein, z. B. Egoismus, noch nicht völlig ausgerottet werden konnte, aber auch ihre Zahl geht ständig zurück. Gewaltverbrechen gibt es in der Volksrepublik Albanien z. B. kaum noch. Der letzte Mord wurde 1956 verübt.

Parteibroschüren beschlagnahmt

Nachdem die Bourgeoisie alle ROTER MORGEN-Nummern beschlagnahmte, die die Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Routhier und den Überfall auf den Trauermarsch verbreiteten, verschärft sie jetzt in noch größerem Ausmaß den Terror gegen die kommunistische Agitation und Propaganda: Letzten Herbst wurde ein Literaturstand, den Münchner Genossen anläßlich der Verschleppung des kommunistischen Arbeiters Werner Lukas aufgebaut hatten, von der Polizei überfallen, die Genossen wurden verhaftet und die Literatur von der Polizei mitgenommen. Jetzt erfahren die betroffenen Genossen bei einem Verhör durch den Ermittlungsrichter, daß die von der Polizei damals mitgenommenen Broschüren der KPD/ML und der Roten Hilfe beschlagnahmt seien!

Unter anderem handelt es sich dabei um die Broschüre, die zum Prozeß gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, herausgegeben worden ist: „Kampf der Klassenjustiz!" In dieser Broschüre wird konkret der beispielhafte Kampf des Genossen Ernst und der KPD/ML gegen das bürgerliche Klassengericht und die grundsätzliche Entlarvung des Grundgesetzes als Grundlage der kapitalistischen Ausbeuterordnung der DBR dargestellt.

Autowerkzeug als "Waffen"

Im Zusammenhang mit dem brutalen hinterhältigen Überfall der Polizei auf den Trauermarsch zu Ehren des Genossen Routhier wurden auch einige Autos von Genossen mit Fahnenstangen, Fahnen und Plakaten polizeilich beschlagnahmt. Die Genossen hatten daraufhin Widerspruch eingelegt. Jetzt bekamen sie die richterliche Bestätigung, daß die Beschlagnahmung „zu Recht" durchgeführt wurde.

Genosse Karl Klingemann, Kandidat der KPD/ML zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen, der nach dem Trauermarsch von der Straße weg als „Rädelsführer" verhaftet worden war und dessen Auto zu den beschlagnahmten gehört hatte, konnte jetzt in dem Beschluß des Amtsgerichts Duisburg, unterzeichnet von der Richterin Engel, lesen, warum sein Fahrzeug beschlagnahmt wurde. In dem Fahrzeug hätten sich „Holzstangen" befunden, die „nach ihrer Art und den vorgeschilderten Umständen zumindest als Schlag- oder Angriffswerkzeug mitbestimmt gewesen" seien. Daß diese serienmäßig hergestellten und von einer einschlägigen Firma bezogenen Fahnenstangen als „Waffen" anzusehen sind, begründet die Richterin Engel weiterhin mit dem lächerlichen Argument, daß in dem Auto mehr Fahnenstangen als Fahnentücher gefunden worden seien. Ausserdem bestehe die Gefahr, „daß die Stangen bei den sich häufenden Zusammenrottungen ... zur Begehung mit Strafe bedrohter Handlungen (Körperverletzung, Widerstand pp.) künftig benutzt werden" könnten.

Noch unverfrorener begründet ein anderer richterlicher Bescheid die Beschlagnahmung des Autos eines Recklinghäuser Genossen. In diesem Bescheid werden Autowerkzeugbestandteile wie Kupferdrahtkabel und Schraubenzieher (!) zu „Waffen" erklärt! Außerdem soll der Genosse jetzt ein Verfahren wegen „Verstoßes gegen das Waffengesetz" bekommen.

Schlachtermesser von „Demonstranten", das in Wirklichkeit von einem Polizeiprovokateur stammt, dessen Namen die Polizei bis heute verschweigt, Beschlagnahmungen von „waffen"starrenden Autos, Anzeigen wegen „Verstoßes gegen das Waffengesetz", täglich neue Lügen über angebliche Gewalttaten der KPD/ML, wie die Hetzgeschichten aus Nürnberg, all dies ist ein von vorneherein geplantes faschistisches „Haltet-den-Dieb!"-Manöver der Bourgeoisie, um zu vertuschen, daß ihre Polizei es war, die den Genossen Routhier erschlagen hat, daß diese es war, die in heimtückischer Weise über einen Trauerzug hergefallen ist.

Mit solchen Methoden soll der Terror gegen die Kommunistische Partei, die KPD/ML, systematisch verschärft werden.

Explosion auf der Zeche Gneisenau

"Wie bei einem Bombenangriff"

Mittwochmorgen um 6.20 Uhr kommt es auf der Kokerei der Zeche „Gneisenau" zu einer schweren Gasexplosion: im Bereich des Niederdruck-Gasreinigungsgebäudes gibt es zwei Explosionen. In kurzer Zeit steht über dem Gelände der Kokerei eine breite Flamme. Meterdicke Rohrleitungen sind wie Streichhölzer geknickt. Das Gelände gleicht einem Trümmerfeld. Zwei Kollegen, ein 19-jähriger Praktikant und der türkische Arbeiter Amed Ülü, Vater von sechs Kindern, können nur noch tot geborgen werden. Ihre Leiber sind zerfetzt. 14 weitere Kollegen werden zum Teil schwer verletzt.



Andere Kollegen können sich nur mit letztem Einsatz vor der Druckwelle in Deckung bringen und dem Feuer entfliehen. Wenige Minuten später, dann hätte die Explosion ein noch grausameres Blutbad angerichtet. Ein Montage-Trupp wollte gegen 6.30 Uhr im Explosionsbereich seine Arbeit aufnehmen.

Ein Monteur: „Wir standen zu dritt hinter dem LKW, mit dem wir unser Werkzeug transportieren. Plötzlich gab es einen Knall und eine riesige Staubwolke. Wir stürzten zu Boden. Der LKW stand sofort in Flammen und brannte aus."

Mehrere Stunden droht eine Riesenexplosion. Hätten der Gasometer oder die Benzolanlage Feuer gefangen, wäre es in ganz Derne zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes gekommen.

Aber auch so hat es die Anwohner des Zechengeländes, besonders in der oberen Hardenbergstraße, schwer getroffen. Eine Frau spricht mit einem Genossen des ROTEN MORGEN: Noch heute, nach 3 Tagen, sitzt ihr der Schreck in den Knochen. Während sie erzählt, zittert sie und es kommen ihr Tränen: „Ich liege im Bett, plötzlich ein lautes Knallen, das Haus bebt, krachen im ganzen Haus, das Schlafzimmerfenster zerbricht. Ich weiß nicht mehr, wie ich aus dem Bett gekommen bin. In Todesangst, daß das Haus zusammenstürzt, renne ich im Nachthemd, den Morgenmantel noch pakkend, aus dem Haus. Die Wohnzimmertür ist aus den Angeln gehoben. Im Flur fällt Putz von der Decke. Draußen sehe ich, wie einige Arbeiter über die Werksmauer auf die Straße fliehen. Auch aus den anderen Häusern stürzen Menschen auf die Straße und fliehen. Alle rennen um ihr Leben. Nichts wie fort von hier. **Ich habe die Bombenangriffe auf Derne im letzten Krieg mitgemacht. Am Mittwoch morgen, das war genauso schlimm.**"

Als die Bewohner der Häuser im oberen Teil der Hardenbergstraße nach der Entwarnung zurückkehren, finden sie einen Trümmerhaufen vor: die Dächer sind zum Teil abgedeckt, die Zimmer liegen voller Scherben, Wände sind gerissen, Tür- und Fensterrahmen aus ihrer Verankerung herausgebrochen.

Seit die Zeche erweitert und die Kokerei immer mehr zu den Wohnhäusern hin ausgebaut worden ist, haben die Bewohner dieses Ortsteils von Derne auf die Explosionsgefahr und die unverantwortliche Gefährdung der Bevölkerung hingewiesen. Das Gebiet um die Hardenbergstraße war in den 20-iger Jahren Neubaugebiet, mehrere hundert Meter weg vom Zechengelände. Wo heute der Großteil der Kokerei steht, war bis 1960 noch Wald. In den 20-iger Jahren wurde den Werktätigen und Rentnern, die dort ihr Haus bezogen, noch versichert, daß das Zechengelände nicht erweitert würde.

Daran haben sich die Bergbau-Kapitalisten natürlich nicht gehalten. Erst kamen neue Gasreinigungsanlagen, dann 1962 die Schwefelmühle. Heute liegen das Kompressorenhaus und die Gasleitungen nur wenige Meter von den ersten Häusern entfernt. „Wir leben wie in einem Ghetto. Die Zeche rückt uns immer mehr auf den Pelz. Wir sitzen wie auf einem Pulverfaß. Keiner hat uns gefragt, ob wir damit einverstanden sind."

Die Zechenherren, erst die HABAG, dann die Ruhrkohle AG, haben sich einen Dreck um die Interessen der Anwohner gekümmert. Die Kommunalverwaltung hat jedem Ausbau zugestimmt. Die Explosion heute war nicht die erste. Schon 1959 und Mitte der sechziger Jahre hat es geknallt. Damals kam niemand zu Schaden, auf die Warnungen aus der Bevölkerung wurde nicht reagiert. Die Kollegen auf dem Pütt sagen: Die nächste Katastrophe kommt so sicher wie der nächste Sommer. Die Anlage ist teils veraltet. Die Produktion läuft ständig auf Hochtouren und wird gesteigert, da kommt die Wartung wahrscheinlich zu kurz, zu wenig Arbeitskräfte werden eingesetzt. In der Kokerei wie unter Tage herrscht eine ungeheure Arbeitshetze. Für die Zechenherren gilt nur der Profit. Der Tod eines Arbeiters ist für sie billiger als ausreichende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Jetzt wird die Kokerei neu aufgebaut. Für die Arbeiter und die Anwohner bedeutet das neue Gefahr.

Die Bergbaukapitalisten, wie die Kapitalistenklasse insgesamt, gehen bei ihrer Jagd nach Höchstprofiten über Leichen. Diese Explosion und ihre Folgen, die beiden Toten, die verletzten Kollegen, die zerstörten Häuser und Wohnungseinrichtungen, das alles geht aufs Konto der Zechenherren. Auf ihr Konto gehen Tausende und Abertausende Kumpel, die ihr Leben lassen mußten. Allein in den Jahren von 1969 bis 1971 hat es im Bergbau in der DBR 394 Unfalltote gegeben. Die Produktion und die Abbaugeschwindigkeiten der Zechen, die nicht stillgelegt wurden, sind rapide gestiegen, Rationalisierung und mangelnde Sicherheit gefährden die Arbeiter immer mehr.

Auf Gneisenau laufen die Aufräumungsarbeiten Tag und Nacht. Die Kollegen wurden aufgefordert, ihren Urlaub zu streichen und Doppelschichten zu machen. Schon bald soll die Produktion wieder auf Hochtouren laufen. Schon in Kürze soll die Tagesförderung von 3 200 t auf dem Pütt wieder erreicht werden und 40 000 cbm Gas stündlich durch die Anlage in die Ruhrgasleitung gejagt werden.

Die Anwohner sind empört. Sie sind mit dem Wiederaufbau der Kokerei auf Kosten ihrer Sicherheit nicht einverstanden. Sie haben Angst vor der nächsten Katastrophe. Aber sie werden nicht gefragt. Im Gegenteil, bei den Ausbesserungsarbeiten wird rücksichtslos vorgegangen. Ein schwerer Kran fährt auf dem Grundstück des Hauses Nr. 28, das direkt an der Werksmauer liegt. Ob die Kanalisation zerstört wird oder Obstbäume beschädigt werden, danach fragen die Herren der Ruhrkohle AG nicht. Hauptsache, die Anlage läuft wieder.

Die Bewohner haben ihre Erfahrungen mit der Zechenleitung gemacht. Trotz aller Versprechen wird die Zeche erweitert. Beschwerden über den Lärm und Gestank werden nicht zur Kenntnis genommen, die Bewohner beschwichtigt. Nach dem Bau der Schwefelmühle lagerte sich überall eine gelbgrüne Schwefelsäureschicht ab. Um dies zu vertuschen, ließ die Zechenleitung heimlich nachts den Garten durchhacken. Zwischen den Häusern wurden in 2 Meter Tiefe riesige Erdgasrohre verlegt. Entschädigung gab es keine.

Einer der Anwohner schrieb vor langer Zeit einen Brief an die Zechenleitung. Er beschwerte sich über den Gestank, über den Lärm, der ihn nachts nicht schlafen läßt. Er schildert, wie er seine Untermieter verliert, weil sie es in dieser Gegend nicht mehr aushalten können. Er weist auf die Explosionsgefahr hin. Er fordert Schadenersatz. Die Antwort ist kurz: Auf ihre einzelnen Punkte gehen wir noch ein. Wir können sie „beruhigen", der Lärm ist von der Schutzbehörde überprüft worden. Es wird ausdrücklich versichert, daß in gar keiner Weise eine Explosionsgefahr bestehe. Es ist klar. Die Bewohner sollen vertrieben werden. Wenn sie bleiben, ihr Risiko.

Und die, die hier wohnen, sind sich einig. Über die Ursache der Explosion kommt so und so nichts heraus. Am Ende sind noch die Toten schuld. Und alles geht wieder von vorne los.

Die Vorfälle in Derne zeigen deutlich: die Kapitalisten gehen bei ihrer Jagd nach Maximalprofiten über Leichen. Sie morden Arbeiter, zerstören Wohngebiete. Beschwerden, Bitten und Prozessieren nützen hier nichts. Hier gibt es nur eins. Die Herrschaft dieses Ausbeuterpacks muß zerschlagen, die Macht der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, der Sozialismus aufgebaut werden.

Erst dann ist Schluß mit der mörderischen Arbeitshetze, erst dann ist das Leben der Bevölkerung gesichert.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr. Mi: 16.00 - 19.00 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL:
Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.